

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 72

8,9,75 WÖCHENTLICH 2. JHG. DM 0.50

WESTBERLINER SPONTIS - EINE GEFAHR FÜR DIE FRIEDLICHE KOEXISTENZ Seite 2

HEUTE LESEN SIE:

Die Wahrheit

berichtigte Ausgabe

21. Jahrg., Nr. 208 Freitag, den 5. September 1975 Preis 20 Pf 4999 A

Aufruf der SEW zur Teilnahme an der antifaschistischen Solidaritätsdemonstration

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins wendet sich an alle Mitglieder und Freunde der SEW, an alle Antifaschisten, Sozialisten und bürgerlichen Demokraten:

Vor zwei Jahren, am 11. September, wurde in Chile die Regierung des Volkes gestürzt und der demokratisch gewählte Präsident Salvador Allende von den Faschisten heimtückisch ermordet.

Zahlreiche Organisationen haben zum 11. September 1975 zu einer einheitlichen Solidaritätsdemonstration aufgerufen.

Die Demonstration findet unter folgender Hauptlosung statt:

Chile kämpft gegen den Faschismus – Solidarität mit dem chilenischen Widerstand!

Seit dem faschistischen Putsch herrschen in Chile Terror und Mord, Verfolgung, Hunger und Armut. Die demokratischen Freiheiten und Menschenrechte sind außer Kraft gesetzt. Tausende Chilenen schmachten in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Aber der faschistische Terror kann den Mut und den Kampfgeist der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes nicht brechen. Der Widerstand wächst – die antifaschistische Einheitsfront formiert sich.

In dieser Situation braucht Chile mehr denn je unsere Solidarität.

Solidarität hilft siegen!

Wir haben den Faschismus erlebt. Seine Bluttaten und Verbrechen sind unvergessen. Antifaschistische Solidarität mit den vom Faschismus unterdrückten und bedrohten Völkern ist heute um so dringender, weil die innere Konterrevolution und die äußere Reaktion alles daransetzen, um auch in Portugal die Rückkehr zur faschistischen Gewaltherrschaft zu erzwingen. Sie wollen aus Portugal ein zweites Chile machen. Das darf nicht geschehen! Die Sache der vom Faschismus unterdrückten und bedrohten Völker ist auch unsere Sache. Über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg müssen Kommunisten und Sozialisten, Antifaschisten und bürgerliche Demokraten sich in dem Ziel einig sein:

In Chile muß der Faschismus geschlagen werden!

In Portugal darf der Faschismus nicht durchkommen!

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins appelliert an alle Miglieder und Freunde der SEW, an alle Antifaschisten, Sozialisten und Demokraten:

Nehmt teil an der antifaschistischen Solidaritätsdemonstration am 11. September

17⁰⁰ UHR SAVIGNY PLATZ

Di. 9.9. teach-in 19³⁰h TU H104

Mi. 10.9. AB 16⁰⁰ AKTION VOR DEM CHILEN. KONSULAT AM BUNDESPL.

Do. 11.9. Demonstration 17⁰⁰h SAVIGNY PLATZ

Sa. 13.9. MUSIKGRUPPE KARAXU FILME, GETRAENKE, chilen. GERICHTE, politische Beiträge **TU audimax 19⁰⁰h**

Unterstützung für Widerstandskampf in Chile wächst

UNO-Maßnahmen gegen die ...ta in Chile gefordert

Westberlin (DW). Angesichts des bevorstehenden ... Ebenfalls ab Donnerstag begehen die demokratischen Kräfte

EINHEITLICHE DEMONSTRATION ZUR UNTERSTÜTZUNG DES CHILENISCHEN WIDERSTANDES AM 11. SEPTEMBER FINDET NICHT STATT

In langwierigen Verhandlungen haben sich die sieben chilenischen Parteien und Bewegungen in West- Berlin auf einen gemeinsamen Aufruf zu einer enheitlichen Demonstration am 11. September 1975, 17,00 Uhr Karl- Marx- Platz zur Unterstüzung des chilenischen Widerstandes gegen die chilenische Militärjunta geeinigt. Diese Initiative der chilenischen Linken bildete die einzige realistische Grundlage für die Berliner Parteien und Gruppen, die den Kampf gegen die Junta unterstützen, an einer gemeinsamen Demonstration anlässlich des II. Jahrestages des Militärputsches in Chile teilzunehmen.

Einen Tag vor Veröffentlichung des Aufrufs der Chilenen, gab das ASK (Antiimperialistisches Solidaritätskomitee der Jugend und Studenten West–Berlins) in der *Wahrheit* (Zentralorgan der SEW) am 14. August bekannt, daß es eine eigene Demonstration am 11. September um 17,00 Uhr ab Karl–Marx–Platz angemeldet habe.

Die chilenischen Parteien setzten sich sofort mit dem im ASK arbeitenden Organisationen in Verbindung um eine Zurücknahme dieser Demonstration zu erreichen. Sie taten dies, um das Projekt einer einheitlichen Demonstration, politisch und organisatorisch getragen von der chilenischen Linken, nicht zu gefährden.

Die Forderung der Chilenen an das ASK war, die polizeiliche Anmeldung zurückzuziehen, um so einer Organisation, die von allen beteiligten chilenischen und westberliner Gruppierungen akzeptiert wurde, zu ermöglichen, **eine Demonstration der chilenischen Linken im Auftrag der Chilenen** anzumelden. Diese Forderung wurde vom ASK in den Verhandlungen akzeptiert, die Abmeldung der Demonstration scheiterte jedoch am Widerstand der im ASK stark vertretenen FDJW (Jugendorganisation der SEW) und ihr nahestehender Personen. Ein Verhalten, das die Spaltung einer einheitlichen Demonstration bedeutete. Die FDJW und die publizistischen Organe wie *Wahrheit* und *Extra Dienst* haben mit allen Mitteln versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß es sich bei einer einheitlichen Demonstration der chilenischen Linken um *ihre* Demonstration handeln würde. Sie haben versucht, die Initiative der Chilenen zu instrumentalisieren und auf organisatorischen Wegen ("Wir sind die Veranstalter") die Demonstration politisch zu majorisieren.

Die FDJW hat ihr Parteiinteresse **gegen** eine einheitliche Demonstration als Ausdruck einer breiten Solidaritätsbewegung durchgesetzt. Dieses Vorgehen wird von der großen Mehrheit der beteiligten deutschen und chilenischen Organisationen kompromißlos abgelehnt.

Die vier chilenischen Parteien der chilenischen Linken haben sich daher entschlossen, unabhängig von der Initiative des ASK zu einer Demonstration aufzurufen am :

11. 9. 75 um 17 ^{00} Uhr ab Savignyplatz

In Erwägung, daß, wenn sich die Führer spalten, die Massen einig sein müssen (Brecht), fordert das Chilekomitee alle, die für eine Einheit des chilenischen Widerstandes und für eine einheitliche Solidaritätsbewegung arbeiten, auf, sich anzuschließen.

Verantwortlich i.S.d.P. Chilekomitee Westberlin 1 Berlin 12 Savignyplatz 5

AN DIE ARBEITER UND DIE BEVÖLKERUNG WEST-BERLINS !

Am 11.September 1973 riß eine faschistische Militärjunta in Chile die Macht an sich. Sie stürzte und ermordete den verfassungsmäßig gewählten Präsidenten der Republik und installierte ein bis jetzt in der Geschichte Chiles noch nie gekanntes Terror-Regime.
Die Diktatur führte von Anfang an ein rückständiges Wirtschaftsschema ein, durch das sie sich mit den multinationalen Konzernen, mit dem Imperialismus und den reaktionären Schichten des Landes unlösbar verband. Ein Reprivatisierungsprozeß der Unternehmen im sozialen Sektor, sowie eine Extraausbeutung der Arbeitermassen haben das Eigentum und Wirtschaftsleben des Landes in den Händen einiger weniger Monopolkonzerne konzentriert. Der Versuch, eine Stabilisierungspolitik durchzuführen - auf eine grausame Weise unmenschlich - hat die Lohnempfänger in ein unglaubliches Elend gestürzt und hunderte von Kleinindustriellen, Händlern, weite Schichten von Berufstätigen, Techniker und Handwerker ruiniert.
Um diesem Modell zu Durchbruch zu verhelfen - es wird ungeniert der "nationale Wiederaufbau" genannt - wendet die Junta brutale und grausame Repressionsmethoden an. Alle historischen Erungenschaften des Volkes, vor allem in den letzten drei Jahren der Volksregierung, wurden vernichtet. Die demokratischen Freiheiten, die gewerkschaftlichen Rechte und alle Formen, in denen sich das Volk beteiligte, wurden abgeschafft. Tausende von Chilenen wurden ermordet. Hunderttausende waren in den Konzentrationslagern und Folterzentren. Durchschnittlich werden 10 000 politische Gefangene in den Gefängnissen und den KZs festgehalten. Eine unbestimmte Zahl von Chilenen wurde ausgewiesen, oder mußte ins Exil gehen. Aber: das chilenische Volk läßt sich nicht unterwerfen. Die Versuche, die Arbeiterbewegung zu vernichten, sind gescheitert. Die Arbeiter organisieren sich auch unter den erschwerten Kampfbedingungen und führen eine Mobilisierung gegen die Junta durch. Die Mitarbeit des Volkes wächst stark in der Form eines verbreiteten Massenwiderstandes.
Die Einheitsgewerkschaft (CUT) stärkt dem Untergrund seine Strukturen. Die Mehrheit der nationalen Arbeitsverbände ist wieder aktiv. Die gewerkschaftliche Basis hat die Rückzugsetappe überwunden. Politische und gewerkschaftliche Presseerzeugnisse aus dem Untergrund sind allgemein verbreitet.
Der bedeutende Fortschritt in der Reorganisierung der Volksparteien, sowie die schnelle Entwicklung des Prozesses der politischen Einheit im Widerstand gegen die Diktatur sind festzuhalten.
Wir stellen fest, daß täglich neue und weitere soziale Sektoren in Widerspruch mit der Junta geraten und zur Verstärkung der Kräfte, die die grausame Diktatur Pinochets stürzen werden, beitragen. Ebenfalls ist schließlich die wichtige Rolle, die die chilenischen Kirchen im Kampf um die Erhaltung und Garantierung der Menschenrechte eingenommen haben, zu erwähnen. Das Scheitern ihres Wirtschaftsmodells, die Unmöglichkeit, eine reaktivierte Massenbewegung als kämpferische Alternative zu zerstören und die internationale Isolierung, in der sie sich befindet, haben die Junta gezwungen, eine "Liberalisierung" ihrer Methoden zu simulieren. Wir zeigen die kriminelle Skrupellosigkeit der Diktatur vor der Weltöffentlichkeit an. Das politisch-militärisch-faschistische Projekt kann sich nur durch grusamste Repressionen halten. Die Junta hat sich nicht geändert. Davon läßt sich niemand täuschen.
Inzwischen führen sie Verhandlungen, in denen sie die Abreise einiger Gefangener von Krediten und wirtschaftlichen Erleichterungen abhängig machen wollen; einer der grausamsten Apparate wurde zur selektiven Repression verwendet. Mit allen Mitteln versuchen die Organisationsminderheiten der DINA der politischen und gewerkschaftlichen Sektoren im Widerstand zu beseitigen, um auf diese Weise Angst unter den Arbeitermassen zu verbreiten.
Es ist also verständlich, wenn Pinochet einer Menschenrechts-Kommission der UNO die Einreise nach Chile verweigert. Er ist nicht in der Lage eine glaubwürdige Erklärung über das Schicksal von mehr als 1 200 "verschwundenen" chilenischen poltischen Gefangenen zu geben. Unter diesen befinden sich seit mehreren Wochen die Landesführer der Sozialistischen Partei: Exequiel Ponce, Führer dieser Partei in Chile; Ricarlos Lorca, Generalsekretär der Sozialistischen Jugend und Ricardo Lagos. In allen diesen Fällen hat sich die Diktatur geweigert die Verhaftungen zuzugeben.
DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT WIRD DAS LEBEN DIESER KÄMPFER RETTEN WIE AUCH BEI DEN FÄLLEN CLODOMIRO ALMEYDA, JORGE TAPIA, CARMEN CASTILLO.
In dieser Stunde, in der wir die Arbeiter und die Bevölkerung Westberlins zu einer neuen Solidaritätskundgebung für Chile aufrufen, wollen wir uns für die zahllosen Kundgebungen der Verurteilung der Junta bedanken, die die internationalen Organisationen, Regierungen, politischen Parteien, Parlamente, sowie die demokratischen und fortschrittlichen Organisationen und Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft gezeigt haben. Wir wollen besonders die aktive Solidarität hervorheben, die das chilenische Volk von der internationalen Arbeiterbewegung erhalten hat: Die Anklagen der internationalen und nationalen Gewerkschaftszentralen und besonders die konkreten Aktionen, die zur Isolierung der Junta auf internationaler Ebene unternommen wurden.
Der Boykott der Hafenarbeiter gegen Sendungen von Waffen und Munition nach Chile, die Wiegerung, chilenische Exportprodukte auszuladen, die kämpferische Solidarität der Sozialistischen Länder haben die chilenischen Arbeiter tief beeindruckt und ihren Siegeswillen gestärkt. Wir rufen auf, die aktive Solidarität der Arbeiter und Organisationen der Welt zu intensivieren, um aus diesem 11. September eine neue antiimperialistische Kampfkundgebung zu machen für ein freies, demokratisches und sozialistisches Chile und Lateinamerika. Wir rufen die Arbeiter und die Bevölkerung von Westberlin zu einer Demonstration am 11. September auf. Die Solidarität mit Chile in seinem Kampf gegen die Diktatur muß verstärkt und erweitert werden.

<u>Was wir besonders berücksichtigen müssen:</u>

- eine verstärkte Unterstützung des Widerstandes in Chile.
- Konkretisierung der internationalen Plattform der chilenischen Einheitsgewerkschaft (CUT), besonders im Kampf um die internationale Isolierung der Junta, des totalen Boykotts der Sendungen von Waffen und Munition nach Chile und die Blockade der externen Finazierungskanäle der Junta.
- Einhaltung der Menschenrecht, Wiedereinführung der demokratischen Freiheiten,

Schutz des Lebensstandards der Arbeiter, Schließung der Konzentrationslager und Folterzen tren. Bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und der Schutz des Lebens von 1200 verschwundene Patrioten.
- Unterstütung aller Aktionen, die erreichen wollen, daß die XXX. Generalversammlung der Vereinten Nationen äußerst drastische Maßnahmen gegen die Diktatur unternimmt.
WIR FORDERN HIERMIT DIE GANZE BEVÖLKERUNG WESTBERLINS UND IHRE ORGANISATIONEN ZUR TEILNAHME AN DERDEMONSTRATION AM DONNERSTAG, DEN 11. SEPTEMBER UM 17 UHR, SAVIGNYPLATZ, AUF !
Verstärken wir die Solidarität mit Chile und fordern wir die sofortige Freilassung von LUIS CORVALAN, FERNANDO FLORES, LEOPOLDA LUNA, ANIBAL PALMA, CARLOS LORCA, EXEQUIEL PONCE, PEDRO FELIPE, RAMIREZ UND BAUTISTA VAN SCHOWEN und der übrigen chilenischen Patrioten, die von der Junta gefangen gehalten werden !

Venceremos !

Movimento de Accion popular Unitaria (MAPU); Movimento de Accion Popular Unitaria-Obrero-campesino (MAPU-OC); Movimento de Izquierda Revolucionaria (MIR); Izquierda Cristiana (IC); Partido Comunista de Chile (PC); Partido Radical de Chile (PR); Parido Sozialista de Chile (PS);

DER AUFRUF DES ASK HAT NICHTS MIT DEM AUFRUF DER CHILENEN ZU TUN !
Genau einen Tag vor der Bekanntmachung des Aufrufs derChilenischen Parteien, veröffentlichte das SEW-Zentralorgan "Die Wahrheit" einen Aufruf des "Antiimperialistischen Solidarität skomitee der Jugend und Studenten Westberlin" (ASK). Das ASK ist mit der SEW eng verbunden. Die Chile-Solidaritätsdemonstration zu der das ASK aufruft ist zum gleichen Zeitpunkt und am gleichen Ort wie die derchilenischen Parteien.
Z u dem Vorpreschen des ASK gibt es unserer Meinung nach zwei Möglichkeiten. Entweder war der Aufruf des ASK ein unglücklicher Zufall, dann zeigt das, wie wenig das ASK an der praktischen Solidaritätsbewegung mit dem Widerstand in Chile teilnimmt. Ein jeder mußte wissen, der mit de Chilenen in West-Berlin Kontakthat, daß die chilenischen Parteien sich schon rund 6 Wochen bemühten einen gemeinsamen Aufruf zustandezubringen. Gerade ein gemeinsamer Aufruf der chilenischen Parteien fördern

schen Parteien kann die Einheit der chilenischen Parteien fördern und die Einheit der Solidaritätsbewegung.
Die zweite Möglichkeit ist: das ASK machte den eigenen Aufruf bewußt, um den Eindruck zu erwecken, daß es in derSolidaritätsbewegung die führende Rolle spielt. Besonders notwendig scheint dem ASK ein solcher Schritt wohl deshalb zu sein, weil es letzten Jahr am 11.September der Solidaritätsdemonstration fern blieb und sich jeder inhaltlicher Auseinandersetzung darüberentzog.
Dem ASK sei gesagt, daß die Führung der Chile-Solidaritätsbewegung sich nicht entscheidet wie das Spiel von Hase und Igel, wo der Igel schreit: "Ich war zuerst da." Man wird sehen, was dem ASK wichtiger ist, die Einheit der Solidaritätsbewegung oder eine erschlichene, scheinbare Führung. Der Solidarität wird es dienen, wenn das ASK seinen Aufruf zurückzieht und sich der gemeinsamen Demonstration anschließt .

PLANSPIELE DES CHILE - KOMMITEE !!!

vor 2 wochen besetzten 15 chilenen(9 kinder, 6 erwachsene) eine kirche, um auf ihre situation als politische flüchtlinge aufmerksam zu machen. ihnen drohte die ausweisung aus west-berlin, da sie illegal eingereist sind und angeblich die möglichkeit hätten, nach rumänien zurückzukehren, von wo sie gekommen waren. aus rumänien waren sie aber abgehauen weil das dortige system nicht ihren vorstellungen von sozialismus entspricht. sie hatten dort diskriminierende lebens- und arbeitsbedingen, und als US-präsident ford zwecks besserer wirtschaftsbeziehungen auf staatsbesuch kam, wurden sie mit waffengewalt von einer demonstration abgehalten, unter hausarrest gestellt usw. von 1500 chilenischen flüchtlingen in rumänien haben bis jetzt 800 einen ausreiseantrag gestellt!!!
nun ging es am montag darum, daß die chilenengruppe durch eine spektakuläre aktion einflüß nehmen wollte auf das zu erwartende negative gerichtsurteil am dienstag morgen.
sie entschlossen sich zu einem hungerstreik, also zu einer absolut gewaltfreien aktion. dazu hätten sie für einen tag einen raum gebraucht, wo sie nicht gleich von den bullen rausgeholt und wo eine pressekonferenz hätte stattfinden können usw. sie kamen also mit der bitte zur esg bezw zu dem "chilekomitee" ihnen in dieser situation zu helfen. dies lehnte das "chile-komitee" kategorisch ab. erstens, eine unterstützung dieser flüchtlinge sei politisch falsch, weil sie bereits ein soz. land aufgenommen hatte und sie nicht damit zufrieden waren. das chilekomitee sei nur zuständig für inhaftierte und gefolterte chilenen, die direkt aus chile kommen. 2. müßte sich das chilekomitee von dieser gruppe distanzieren und zwar mit rücksichtnahme auf irgendwelche kirchenfritzen und parteifreaks, denen sie sich verpflichtet fühlen, bezw von denen sie abhängig sind.
sie hatten schon papierchen vorbereitet (erst war es nur intern - dann offiziell die meinung des gesamten komitees) wo sie sich klar von der chilenengruppe distanzierten, und zwar mit den gleichen "argumenten", die am tag drauf vom oberverwaltungsgericht benutzt wurden.
vor allen haben diese "genossen" unsere situation ausgenutzt das keiner von uns spanisch sprechen kann, und so übernahmen sie die übersetzung. dabei kam heraus, daß sie die chilenische gruppe überredeten ihren hungerstreik nicht in der esg zu machen. sie sollten schleunigst verschwinden, denn alle hier anwesenden seien gegen sie eingestellt. nachträglich haben wir erfahren, daß die chilenen nur durch diese "übersetzungen" sich vom hungerstreik abhalten ließen.
sie ließen sich aber nicht davon abhalten, einen tag nach der gerichtlichen ausweisung die schaubühne zu besetzen. als dann ein typ vom chilekomitee auftauchte und sie nochmals zur rückkehr nach rumänien aufforderte, wurde er von chilenen rausgeschmissen.
wir fragen hiermit, ob kritik am sozialismus in einem ostblockstaat überhaupt noch erlaubt ist???

häftlingskollektiv westberlin

Dokumentation
zur chile-aktionswoche
"im Garten des Faschismus"

folgender text ist ein aufruf der HOMOSEXULLEN BEFREIUNGSFRONT ARGENTINIEN über die situation in chile (übersetzung aus dem amerikanischen, aus " gay liberator ")

die gutgeplante terrorwelle, die die militär junta in chile seit dem 11. september 1973 in bewegung gesetzt hat, erstreckt sich nicht nur auf die einkerkerung von tausenden von arbeitern, studenten und patrioten wegen des verbrechens, den finsteren plänen des regimes von general pinochet zu widersprechen.
unter den betroffenen befinden sich auch diejenigen, deren verhalten im alltagsleben nicht den vorstellungen von gesellschaftlicher ordnung entspricht, die das regime oktrouiert - vorstellungen, die nach den ideen der heiligen inquisition geformt zu sein scheinen.
so wurden die homosexuellen chiles zusammen mit anderen schichten des volkes auf höchst grausame weise unterdrückt.
ein sehr bekannter homosexueller aus uragay mit dem spitznamen lola punales wurde in santiago vergewaltigt, gefoltert, kastriert und gepeinigt von einer gruppe soldaten. viele homosexuelle erlitten dasgleiche schicksal; solche vorkommnisse sind in chile an der tagesordnung. die leichen werden tagelang in den straßen offen liegengelassen, um die bevölkerung einzuschüchtern und furcht zu säen. lange haare und bart, rote kleidung und mini rock - das sind gründe für festnamen - es sind subversive handlungen im sinne des chilenischen militärregimes. die massive repression des staatsstreichregimes von pinochet hat keine vorläufer in der demokratischen geschichte dieses landes.
der mord an homosexuellen ist in chile nichts neues. dieselbe methode wurde von der regierung ibañez in den fünfzigern angewandt; homosexuelle wurden zu hunderten mit steinen behangen ins meer geworfen. ein schiff voller genossen wurde im pazifischen ozean versenkt.



im garten des faschismus blüht, daran gibt es keinen zweifel, nur die blume des todes. wir homosexuellen sind subversiv, weil wir das leben lieben. wir sind phantasievoll; wir hassen authoritarismus; wir glauben an solidarität unter den menschen; wir sehnen ein auf freiheit begründetes system herbei und wir weisen die " militärordnung " zurück, da sie mit unterdrückung gleichzusetzen ist. PINOCHISMUS (das regime des general pinochet) ist ein haufen blinder ratten mit perfekter " ordnung ".
wir veröffentlichen diesen aufruf, das chilenische putschregime nicht anzuerkennen, den flüchtlingen, den gefangenen, und denen, die widerstand leisten, hilfe zu gewähren. wir rufen die chilenischen homosexuellen auf zusammen mit anderen unterdrückten gruppen dem aktiven widerstand beizutreten, und wir rufen die lateinamerikanischen und homosexullengruppen der ganzen welt auf, soviel hilfe wie möglich zu leisten.

der tod von lola punales zeigt uns erneut daß homosexuell zu sein eine manifestation von menschlicher würde und selbstbewußtsein ist, etwas, was die faschisten nicht ertragen können.
die schönste blume santiagos ist gestorben um widergeboren zu werden. gestern noch anmut freude und geist. heute kann jeder unterdrückte in ihrem nichtwiederzuerkennenden leichnam sein eigenes gesicht entdecken. schmerz und verpflichtung ergreifen uns tief und stärken uns in dem entschluß, bis zum endgültigen sieg zu kämpfen.
dein körper, lola punales, aufgefressen von den aasgeiern des pinochismus, trägt in sich einen bunten strauß von träumen und küssen, den sie nicht finden konnten.
eines wissen wir genau: dein leichentuch wird unser banner sein.

....Noch etwas anderes haben wir gelernt:
Nicht nur die SPD will uns vom Kampf um unsere Interessen abhalten. Nein, alle die, die in den ⊗1 Jugendheimen und -zentren arbeiten und die Jugendlichen für Bastelgruppen, Teestuben und Hobbyräume gewinnen wollen und gleichzeitig sagen, daß Politik dort nichts zu suchen hat, alle diese Leute wollen unseren Kampf in "friedliche" Bahnen lenken. Sie wollen, daß wir in den Jugendzentren die Ausbeutung und die Unterdrückung in den Betrieben und auf der Straße vergessen, statt darüber zu beraten, wie wir dagegen kämpfen können.

Ganz besonders gilt dies für die SEW, die in vielen Jugendheimen ⊗2 ihre Leute sitzen hat. So im FUCHSBAU und im TREFF. Dort veranstalten sie Abende, sie geben sich den Anschein, etwas für uns Jugendliche tun zu wollen. Gleichzeitig wollen sie uns über das Unterdrücker-Regime in der DDR und der Sowjetunion täuschen und uns vor den Karren von Breschnews sozialimperialistischer Eroberungspolitik spannen.

Ihre Linie ist es, über Frieden zu faseln und über Bastelgruppen. Unter Klassenkampf verstehen sie, daß man sich für die Manöver von Breschnew einsetzt. Ihr Ziel ist es, möglichst gute Posten zu bekommen, um die Arbeiterjugend mit ihren Ideen aus dem Kreml vollstopfen zu können.

Diese Ziele verfolgen sie ganz heimlich, sie geben sich nicht als SEW zu erkennen. Doch weil wir sehen, daß wir uns für die Macht der Arbeiterklasse im Sozialismus einsetzen müssen, und weil wir wissen, daß der sowjetische Sozialimperialismus die ⊗3 Arbeiter aller Länder ausbeuten will und der schlimmste Feind der Völker Europas ist, deshalb haben wir uns zum Ziel gesetzt, auch im Kampf um die Wiederöffnnung des PRISMA diesen heimlichen Agenten des Sozialimperialismus die Maske vom Gesicht zu reißen.

Nie und nimmer würden die Handlanger Breschnews der Arbeiter- ⊗4 jugend erlauben, in einem Jugendzentrum wie dem PRISMA unabhängig und in Selbstverwaltung zu arbeite

JUGENDLICHE ! Beteiligt Euch an unserem Fest!

Dort wollen wir gemeinsam Sport treiben, um uns zu rüsten gegen die Gefährdung unserer Gesundheit durch die immer schärfere Ausbeutung in den Betrieben, um Erfahrungen zu sammeln im Kampf gegen die brutalen Polizeiüberfälle, um uns enger zusammenzuschließen für den Kampf um die sofortige Wiedereröffnung des PRISMA als unabhängiges, selbstverwaltetes ⊗5 Jugendzentrum. Wir brauchen dieses Jugendzentrum als Stützpunkt für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, gegen die politische Unterdrückung und Entrechtung und für den Kampf gegen die Agenten der sowjetischen Sozialimperialisten.

Deshalb wollen wir nicht nur Sport treiben, sondern ebenso diskutieren, Lieder singen und Sketche aufführen, die vom Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, dem Jugendverband der KPD, und der Liga gegen den Imperialismus vorbereitet werden.

Damit wir uns nach dem Sport stärken können, wollen wir Hammelfleisch und Spanferkel braten und werden ein Fäßchen Bier bereithalten.

Kampf FÜR DIE ÖFFNUNG UND SELBSTVERWALTUNG DES JZ PRISMA

KPD-Fazit HEIßT: KAMPF GEGEN DIE AGENTEN DES SOZIALIMPERIALISMUS

Ach-das-ist-ja-interessant-

Am 17.Aug war ein Solidaritätssportfest der Prisma- Initiative, die man nun als KPD Untergruppe bezeichnen kann, da die andere knappe Hälfte von Nichtkpdlern auf dem öffentlichen Treffs nichts mehr zu vermelden hat. Vorschläge und Kritik darf zwar vorgebracht werden, wird aber auf ihren konspirativen Sitzungen abgeblockt. Resultat des Festes: die Initiative blieb unter sich.

Doch nun das Flugblatt zu dieser Festivität; Dieser Zettes übertrifft vieles aus der Vergangenheit, deshalb soll dazu noch was gesagt werden. (siehe linken Kasten)

⊗1 Die Initiative geht wohl davon aus, daß im JZ Leute sitzen die die Jugendlichen bequatschen, nichts Politisch zu machen. Die Initiative meint vielleicht man müßte nur die Forderung aufstellen und gegenüber dem Bezirksamt durchsetzen politisch zu arbeiten und die Jugendlichen würden sich organisieren (natürlich in der KPD) und begeistert politisch arbeiten, was ja eben nur deshalb nicht passiert weil es"verboten"ist oder weil die Agenten des Sozialimperialismus überall drin sind.

⊗5 Sie sagen:"Wir brauchen dieses JZ als Stützpunkt für den Kampf...." So weit so gut, die Frage ist nur in welchem Kontext. Diese elitäre Clique schreibt den Jugendlichen vor, wie es zu laufen hat, wenn das Prisma selbstverwaltet wird,nämlich,daß Sport getrieben wird, daß gegen dies und jenes gekämpft wird, besonders gegen die Agenten des Sozialimperialismus. Nicht etwa die Jugendlichen brauchen das Prisma?nein wir, das Heißt die Initiative braucht es.

⊗3+4 Sie verurteilen den Stalinismus (SU) und predigen ihn andererseits. Das ist wohl eine neue Dialektik?
Außerdem könnte man denken, "Schön,daß wir unsere westlichen Verbündeten haben, so sind wir vor unserem SCHLIMMSTEN Feind sicher. (Die CSU/ML freut sich)

Revolutionäre Politische Arbeit, Bedürfnisse und wie organisieren?

Warum arbeiten wir eigentlich politisch? Was glauben wir durch die politische arbeit zu erreichen- zunächst einmal für uns selbst? Welche Bedürfnisse werden befriedigt, die zuvor unterdrückt wurden oder unbefriedigt blieben? Wenn die Bedürfnislage sich durch die politische Arbeit nicht positiv ändert oder sogar verschlechtert, läßt offenbar die Motivation für politische Arbeit nach.Es gibt sicherlich unterschiedliche Motivationen für politische Arbeit: Materielle Unterdrückung, moralische Empörung, psychisches Elend oder auch die abstrakte Einsicht in die Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes, die aber auch auf einen konkreten Bedürfnisgehalt zurückgeführt werden kann. Die verschiedenen Erscheinungsformen, die zur politischen Arbeit hinführen und sich in ihr äußern, sind nicht immer Emanzipatorisch zu nennen, wenn sich z.B. Geltungsbedürfnis, Konkurrenzverhalten, oder Leistungsdruck einstellt. Gerade diese aus der kapitalistischen Gesellschaft herrührenden Verhaltensweisen sollen ja in der politischen Arbeit abgebaut und verändert werden. Sie dürfen nicht etwa für die Schlagkraft und Effektivität der Organisation ausgebeutet und besonders aktiviert werden. Derlei Polit. Arbeit, die nicht Ausdruck vor allem unterdrückter Bedürfnisse ist, reproduziert über Leistungsdruck, Aufstiegschancen in der Organisation und elitäres Cliquenbewußtsein nur wieder kapitalistische Verhältnisse, was nichts anderes als bürgerliche Politik ist!!! (nach: GLM-Papier)

Der wahre Charakter unserer Beziehungen ist der Warencharakter!!! Da die Tauschwertbeziehungen aus der Warenproduzierenden Gesellschaft hervorgehen, wir sie Verinnerlicht haben und sie in unseren Verkehrsformen erscheinen, muß unser Kampf gegen die Entfremdung immer ein doppelter sein: einmal gegen die Kapitalistische Warenproduktion, zum anderen gegen die aus ihr hervorgehenden Verkehrsformen Während der Kampf gegen die ökonomische Basis dieser gesellschaft erst langfristig mit dem Umsturz dieser Basis erfolgreich sein kann, können wir heute bereits den Kampf um neue nicht entfremdente Verkehrsformen aufnehmen, wir müssen es sogar,wenn wir beginnen wollen, wie Menschen zu leben und die Kraft entwickeln wollen, diese Gesellschaft radikal zu verändern. (ebenda)

Indem wir die Notwendigkeit betonen, die Verinnerlichung der Warenstruktur zu zerschlagen, um die objektiven Strukturen bekämpfen zu können, ist zugleich unser Ausgangspunkt für die beantwortung der Organisationsfrage gegeben. UNs zu befreien, uns autonom zu verhalten, die verinnerlichten Zwänge zu zerbrechen, ermöglicht aber nur eine Organisationsform, die den organisatorischen Rahmen für diesen Lernprozeß bietet, die materialistisch auf unseren Bedürfnissen aufbaut und deshalb langfristig den Kapitalismus gründlicher bekämpft als eine sich nur an äußerliche Effektivitäten orientierenden Organisation. (ebenda)

AB 1.1.76 FLIEGEN WIR ALLE RAUS!

Ich bin vor zwei Wochen aus dem Urlaub gekommen und habe erfahren, daß das Mieterschutzgesetz wegfällt. Das hat mir noch nicht viel gesagt.
Dann habe ich gelesen, was das bedeutet - und da lief's mir kalt den Rücken runter.

Wohngemeinschaften ?

Die gibt's bald nicht mehr!!

Deshalb jetzt erst einmal ein paar Informationen, was hier passieren soll:

I) Zu unterscheiden ist zwischen Mietpreisbindung und Mieterschutz.

Die Mietpreisbindung (u.a. gültig für Altbauten) ist - großzügigerweise - noch mal für ein Jahr verlängert worden. Berlin wird jetzt also noch nicht "Weißer Kreis".

Die Mietpreisbindung ist aber völlig unabhängig vom M i e t e r s c h u t z (sprich Kündigungsschutz).
Seit 1923 gilt in Berlin das Mieterschutzgesetz. Die wichtigste Bestimmung danach ist, daß der Vermieter nicht kündigen kann, er kann einen Mieter nur raus k l a g e n. Die Gründe für die Klage muß e r beweisen und es gibt nur wenige Gründe, die vor Gericht akzeptiert wurden.

II) Welche Änderungen sind geplant:

1) Es gibt wieder die Kündigungsmöglichkeit für den Vermieter.
Kündigungsgründe im einzelnen:

2) Belästigung des Vermieters oder eines Hausbewohners und (wichtig für uns) unbefugte Überlassung der Wohnung an Dritte
bisher: Klage, aber nur möglich innerhalb eines Jahres (sonst verjährt)
geplant: f r i s t l o s e Kündigung zu jedem beliebigen Zeitpunkt, d.h. auch wenn der Vermieter es eine Weile toleriert hat, daß -z.B.- andere Leute dort auch wohnen, dann kann er jetzt trotzdem -auch nach Jahren- fristlos kündigen!

3) Untervermietung gegen den Willen des Vermieters
bisher: Das Mieteinigungsamt ersetzt auf Antrag die Zustimmung des Vermieters - wir brauchen unser Interesse nicht nachzuweisen.
geplant: Wir müssen klagen und gewinnen nur, wenn wir berechtigtes Interesse nachweisen.(Und was wird wohl vom Gericht als "berechtigtes Interesse"anerkannt?)

4)"Nicht unerhebliche Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen durch den Mieter"
bisher: kein Aufhebungsgrund!!
geplant: Vermieter hat das Recht zur fristgemäßen Kündigung.

Mit diesem Gummiparagraphen kann der Vermieter immer einen Grund finden, falls er jemanden raus haben will.

Das sind zunächst die wichtigsten Änderungen, es gibt noch eine Reihe anderer. Zusammengestellt habe ich sie nach dem neuesten "Mietrecht" von der ROTEN HILFE und einem Flugblatt von einer Mietervereinigung.

Eine genauere juristische Einschätzung sollte von Genossen, die da Ahnung haben, noch gemacht werden, aber soviel ist bereits klar:
Wenn das Mieterschutzgesetz nicht verlängert wird, dann bedeutet das für uns eine massive Verschlechterung unserer Wohnmöglichkeiten.

Wer ist betroffen?

Davon betroffen sind auf alle Fälle WG's, die dem Hausbesitzer schon mal "unangenehm" aufgefallen sind, dann alle "renitenten" Mieter, also alle, die -z.B.- nicht mit nur den Reparaturen zufrieden sind, die der Hauswirt machen läßt sondern die Forderungen stellen, oderr die die Höhe ihrer Miete haben überprüfen lassen oder oder oder ...

Vielleicht auch Leute, die mehrere -nicht total dressierte Kinder- haben, die Haustiere haben, die öfter laut Musik hören, die andere Hausbewohner "belästigen" (fristlose Kündigung, s.II,2)

**Aber noch wichtiger:
Bisher haben die weitaus meisten Mieter ihre Rechte gegenüber dem Hausbesitzer und ihre Kontrollmöglichkeiten (Höhe der Miete bzw. irgendwelcher Zuschläge) nicht wahrgenommen. Die Gründe dafür sind:
keine Informationen über die eigenen Möglichkeiten und
woher soll die Fähigkeit kommen, Konflikte mit dem Hausbesitzer anzugehen und durchzustehen ? - und zwar allein, denn im Normalfall macht "man" solche Sachen allein.
Beides Gründe, bei denen wir uns zumindest vorstellen können, daß sie zu überwinden sind.**

Ist der Mieterschutz weg, kommt als dritter Grund hinzu die (reale) Angst, vom Gericht zwar Recht zu bekommen, vom Hausbesitzer aber die Kündigung unter irgendeinem Vorwand - und dann wird es vermutlich kaum noch sowas wie Mietergemeinschaften geben.

Wollen wir uns wehren ?

1) Wir - soll heißen: die gesamte Linke - sind davon alle ziemlich direkt betroffen. Daraus folgt, daß in diesem Fall vielleicht (hoffentlich) mehr Leute mitarbeiten als bei anderen Anlässen.

2)Weiterhin ist die gesamte Bevölkerung mehr oder weniger direkt betroffen und diese Betroffenheit ist auch zu vermitteln. Daraus folgt, daß im Vergleich beispielsweise zu den Aktionen für Chile oder zum Hungerstreik weniger Widerstände und Vermittlungsschwierigkeiten auftreten werden, und die Arbeit deshalb erfolgreicher sein kann.

Für revolutionäre Träumer ⟹ Träume, sind Schäume, Hartschaum

3)Hier werden vermutlich alle Gruppen mitarbeiten, wahrscheinlich auch Gruppen wie Jusos, Jungdemokraten, Mieterverbände o.ä. Eine gemeinsame Plattform zu finden dürfte schwierig werden, aber es müßte gemeinsame Ebenen geben. Das könnte ein Informations- oder Ideenaustausch sein, eine zeitliche Koordinierung für Aktionen oder ...

4) Notwendige Schritte

a) genaue Informationen

Es wär ganz gut, wenn in einem der nächsten Infos ein paar Leute einen genauen juristischen Überblick geben können. Wichtig ist auch, einen Überblick über das Gesetzgebungsverfahren zu haben bzw. über Termine, die damit zusammen hängen. Gibt es Stellungnahmen von Jusos oder SPD-Ortsgruppen? usw.

b) Mi-Plenum

Vielleicht können wir am 24. Sept. ein Plenum zu der Frage machen. Bis dahin haben Stadtteil- und andere Gruppen (auch aktivere WG's) eventuell schon Vorschläge, so daß wir sinnvoll diskutieren können.

Also Spontis, auf in den Kampf.

Venceremos?

Naja, nur wenn wir uns alle engagieren.

Achso, na dann stimmt es ja vielleicht doch:

Venceremos



Leserbrief vom ROTEN KONRAD

Zum Radikalen - Erlass

Mitte der Fünfziger Jahre passierte in Hannover ein dolles Ding.

Ein nicht mehr ganz junger Mann bewarb sich bei der Stadtverwaltung als Schreibtischtäter. Im Fragebogen gab er an, Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Aus unbekannten Gründen recherchierte die Personalabteilung bei unser Schutz- und Trutzmacht USA, in deren unumschränkten Machtbereich (Dahlem, Hüttenweg) die PG-Kartei (atom)-bombensicher aufbewahrt wird. Es stellte sich heraus, dass der Bewerber niemals der Partei der Rassenwahnsinnigen angehört hatte.

Bei der Gerichtsverhandlung - wegen negativer Fragebogenfälschung - fragte der Vorsitzende den negativen Fälscher nach den positiven Gründen seines Falschverhaltens.

Der welt- und lebenskundige Stellenbewerber erwiderte: "Wenn man heutzutage in den öffentlichen Dienst eingestellt werden will, muss man PG gewesen sein!" Er wurde zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilt. Und prompt eingestellt!

So radikal wurde schon damals der noch in ferner Zukunft schlummernde Radikalen - Erlass angewandt. Gegenüber Rechtsradikalen, versteht sich. Selbst dann, wenn ihr "Rechtsradikalismus" sich als schäbiger Tarnmantel erwies.

Gedanken zu einer Berufsverbotsveranstaltung am 21.8. in Frankfurt

die stalinistischen parteien (KPD,-ML ect.) sind jetzt dort angelangt, wo sie landen mußten, seit sie die historisch widerlegte sozialfaschismustherorie wieder ausgegraben haben: der hauptfeind der menschheit ist also die SU, der sozialimperialismus, konkret hier in der BRD also seine "lakaien" die revisionistischen DKP bzw. SEW! gegen sie also gilt es sich zu verbünden und sei es mit dem US-imperialisten und wohl bestimmt auch mit faschistischen ländern!? (ein glück also, daß der chile-putsch verhindert hat, daß südamerika hätte zu einer bastion der sozialfaschisten werden können!) wie das ganz konkret aussieht, habe ich auf einer versammlung der lehrer, schüler und eltern der ernst-reuter schule in frankfurts nordweststadt mitbekommen, als nach etlichen langatmigen, immer gleich lautenden solidaritätserklärungen der DKP/Juso veranstalter für die gefeuerten DKP-lehrerinnen Schwert und WAgner ein "K"PD-mann sich zu wort meldete und meinte, ein berufsverbot für agenten des sozialimperialismus sei in ordnung! - die lehrerinnen sollten sich von der DKP distanzieren, dann sei die KPD eine der ersten, die sich mit ihnen solidarisieren würde. nimt man ihre ausführungen zur atombewaffnung, zur stärkung der NATO, zur propagierung des wehrwillens auf nationalistischer basis hinzu, dann

fragt es sich, wie lange es noch dauern wird, bis die "K"PD die propagierung des klassenkampfes in der BRD als objektiv reaktionär bezeichnen wird, weil durch ihn die einheitsfront gegen den sozialimperialismus geschwächt werde! ...da fällt mir doch dieser spruch ein mit den radieschen: außen rot, innen weiß! ...

also: diese Stalinisten spinnen ja wirklich ganz schön mittlerweile!

ME-TI zum nationalismus der armen leute...

einige meinten, da der hui-jeh viele völker unterdrückt habe, müsse der nationalismus bei diesen völkern nützliches erzeugen, nämlich den sturz des hui-jeh.
me-ti sagte mißbilligend: wenn diese völker das joch des hui-jeh auf eine nationalistische art abwerfen, so werden sie das joch ihrer eigenen herren auf sich nehmen. der nationalismus der großen herren nützt den großen herren. der nationalismus der armen leute nützt ebenfalls den großen herren!
der nationalismus wird nicht dadurch besser, daß er in armen leuten steckt - dadurch wird er ganz und gar unsinnig!

hui-jeh ≙ hitler

b.b.

SOZIALAMT KREUZBERG

1. Worum geht es?
Wir hatten beim Sozialamt Kreuzberg Anträge gestellt auf Bundessozialhilfe (§§ 31-35, Ausbildungsbeihilfe, Kleidergeld, Brennstoffhilfe, Buttermarken).
Wir hatten schon lange auf die Bearbeitung unserer Anträge gewartet (bis zu 1/2 Jahr) und wurden auf Wartezeiten bis zu einem Jahr verwiesen.

2. Was kann man machen?
Wenn man länger als 3 Monate auf die Bearbeitung der Anträge wartet, kann man eine Untätigkeitsklage beim Gericht gegen das Sozialamt führen.

3. Was haben wir gemacht?
Am Anfang war es wichtig Leute zu sammeln, die auch davon betroffen sind. Wir haben uns dann zusammengesetzt und mit Informationen von einer Rechtsberatung eine Dienstaufsichtsbeschwerde an den Stadtrat für Soziales im Bezirksamt Kreuzberg geschickt.
Unsere Briefe waren z.T. individuell (Daten der Antragstellung, Schilderung der Notlage usw.) und zum anderen haben wir uns an gemeinsame Punkte gehalten: Frist von 14 Tagen für die Bearbeitung und Beantwortung, Androhung einer Untätigkeitsklage und Veröffentlichung.
Diese Einschreibebriefe hatten wir alle am selben Tag losgeschickt und ein Treffen nach Ablauf der Frist vereinbart. Denn wir mußten sehen: 1. Wie ist die Reaktion? 2. Was machen wir daraufhin weiter?

4. Wie war die Reaktion?
Zwei Tage vor Ablauf der Frist bekamen wir folgenden Brief: Ablichtung

Unser Kommentar:
1. Der Brief versucht die Mißstände im Sozialamt Kreuzberg zu entschuldigen
2. Erklärt nicht grundsätzlich die Ursachen und wie die Situation geändert werden soll.
3. Das Bezirksamt hat Angst daß die Mißstände öffentlich werden.
Nach ein paar Tagen konnten wir unser Geld beim Sozialamt abholen.
Diese Aktion hat gezeigt, daß wir gemeinsam etwas erreicht haben. Deshalb ist es wichtig nicht allein, sondern mit vielen solche Aktionen zu machen.

Ein Sozialhilfeempfänger

Bezirksamt Kreuzberg von Berlin
Abteilung Sozialwesen





Bezirksamt Kreuzberg von Berlin, 1 Berlin 61, Yorckstraße 4–11

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
SozBzStR
Zimmer 1055
Fernruf 25 88 91 (Vermittlung) xxxxxxxxxx
xApparatxxxx Durchwahl [illegible]

Sehr geehrte Frau [unleserlich gemacht] !

Datum 9. Juni 1975

Ihr an mich gerichtetes Schreiben habe ich erhalten. Ich bedauere sehr, daß Sie bereits so lange Zeit auf die Bearbeitung Ihres Antrages warten müssen. Ich kann durchaus verstehen, daß Sie nunmehr auf eine Entscheidung drängen. Das Personalproblem und der Bearbeitungsrückstand im zuständigen Sachgebiet ist mir bekannt. Es ist in der Vergangenheit mehrfach Gegenstand von sehr eingehenden Erörterungen gewesen, wie von seiten der Verwaltung dies zufriedenstellend gelöst werden kann.

Ich habe aufgrund Ihres Schreibens veranlaßt, daß nunmehr eine rasche Bearbeitung erfolgt.

Ich hoffe, daß Sie in Kürze einen entsprechenden Bescheid erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

(Kohlberger)
Bezirksstadtrat

Sprechzeiten	Zahlungen nur an die	Kontonummer	Geldinstitut	Bankleitzahl
Montag, Dienstag und Freitag	Bezirkskasse Kreuzberg	34 16-104	PSchA Bln W	100 100 10
von 8 bis 13 Uhr	1 Berlin 61	061000360	Spk Berlin West	100 500 00
	(bargeldlos erbeten)	0500165000	Berliner Bank AG	100 200 00



DER STADTPLANER

Sein Wirken verdient Anerkennung. Er ist ein hochqualifizierter Fachmann, stets darauf bedacht, seiner Mit- und Nachwelt mit Hilfe von Beton und Styropor eine konfektionsgeschneiderte, sterile und somit saubere Umwelt vor den Kopf zu stossen. Im Mittelpunkt seiner stadtplanerischen Planziele steht der so segensreiche und umweltfreundliche Kraftwagen. - Nicht der Mensch, wie einige verrannte Ideologen es fordern !
Und doch muß in einigen Punkten an seinem Wirken wohlwollende Kritik geübt werden.
Sie bezieht sich auf:
1. Die in Westberlin immer noch in bedrohlichem Ausmass sich breitmachenden Wald= und Grünflächen. Längst ist wissenschaftlich erwiesen, dass Bäume und andere Asphaltpflanzen der wehrlosen Luft den gut bekömmlichen Sauerstoff entziehen und ihn als hochgiftiges Kohlenmonoxyd an die sonst so saubere Berliner Luft zurückliefern. Die radikale Beseitigung dieser heimtückischen Umweltverschmutzer ist mithin für Genossen und Zeitgenossen eine Lebensfrage.
2. Die ebenfalls noch in beängstigendem Ausmass dem rollenden Individualverkehr im Wege stehenden Häuser mit Individualfassade. -Man muss hinter die Fassade blicken. - Ein Haus ist (laut Corbusier) eine Wohnmaschine ! Sie muss, um ihre Funktion optimal wahrnehmen zu können, uniform konstruiert sein, eine unabdingbare Forderung, der bislang nur im Kasernenbau gebührend Rechnung getragen worden ist.
3. Die Erhaltung angeblich erhaltungswürdiger Baudenkmäler. Gedacht ist hier in erster Linie an den KWG-Kirchturm, von dessen luftiger Höhe nicht einmal schwindelfreie Senatspolitiker Kirchturmpolitik machen können. Auch das Schloss Charl'burg wird als landschaftsstörender Fremdkörper wirken, wenn die sogen. Sanierung der benachbarten Wohngebiete das Richtfest feiert, sozusagen das Hinrichtfest der zwar genügend Fassadenputz, aber zu wenig Rendite abwerfenden häuslichen Halbinvaliden.
4. Viel zu wenig ist bisher getan worden, um den Grundwasserspiegel auf ein erträgliches Mass abzusenken. Nur so ist es zu erklären, dass der freie Teil Berlins nicht nur von zahllosen Holz-, sondern auch von einer Unzahl von eiförmigen Wasserköpfen übervölkert ist.
Das sind nur einige Anregungen, die bei unseren Stadtplanern, deren Fachwissen nur von ihrer phantastischen Phantasie übertroffen wird, sicherlich ein nicht allzu verstopftes Ohr finden werden.

Denn Bürgerwünsche sind für Stadtplaner tabu !



BÜRGERINITIATIVE WESTTANGENTE E.V.

die wanderausstellung =GESTALTETE LANDSCHAFT" befindet sich vom 8.sept. bis 27.sept. 1975 im RATHAUS WEDDING (in der vorhalle des erweiterungsbau).
die ausstellung zeigt fotografien, fotomontagen und zeichnungen. sie sollen hinweisen auf die folgeprobleme übermäßigen individualverkehrs, auf die umgestaltung und zerstörung von städten und landschaften durch straßenbau. es verdeutlicht werden, daß das verkehrsproblem nicht durch straßenbau gelöst werden kann, sondern daß in der stadt- und verkehrsplanung alternativen gesucht werden müssen.
die ausstellung ist eine gemeinschaftsarbeit von dfei bürgerinitiativen, gegen die schw arzwaldautobahn, die autobahn durch das ruhrgebiet und gegen weitere stadtautobahnen in b berlin.
verantwortlich für die ausstelöung in berlin ist die bürgerinitiative westtangente e.v.
öffnungszeiten: montag bis freitag von 10-18
sonnaben von 12-16 uhr
eintritt frei
rathaus wedding 1 berlin 65, müllerstr. 147
u-bahn leopoldplatz, busse a 12, a79, a64

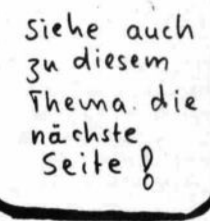


Für sich tanzen lernt jeder nur im Gegenrhythmus zur offiziellen Welt.

Raoul Vaneigem



GESETZ GEGEN DIE AUSBREITUNG VON GEWALTTATEN



Klaus Wagenbach, von dem Berliner Polizeipräsidenten angeklagt wegen der Verwendung des Wortes „Mord" im Zusammenhang mit der Erschießung von Benno Ohnesorg und Georg von Rauch, hat den Prozeß in zweiter Instanz verloren.

Wir haben uns daran gewöhnt, daß das Sortiment Drohbriefe von Arzneimittelkonzernen erhält, die die Verbreitung eines diesem Konzern peinlichen Buches verhindern sollen. Wir haben uns daran gewöhnt, daß Franz Josef Strauß vermittels der bayerischen Justiz ein mißliebiges Buch über Jahre vom Markt entfernen lassen kann.

Jetzt, nach dem rechtskräftigen Berliner Urteil gegen mich, sollen wir uns offenbar daran gewöhnen, daß Staatsgewalt und Justiz sich derselben Methoden bedienen, Kritik, als Veröffentlichung von Mißständen, wird beantwortet mit der Behinderung der Veröffentlichung oder der Bestrafung des Veröffentlichers. Konkret: Wer fortan schreibt, druckt oder drucken läßt „Benno Ohnesorg ermordet", wer also die Hinterrückserschießung eines waffenlosen Demonstranten kritisiert, der wird bestraft. Der Todesschütze wird freigesprochen, der Kritiker des Todesschusses verurteilt. Beides rechtskräftig.

Der zweite inkriminierte Satz „Georg von Rauch ermordet", zeigt die Problematik noch deutlicher: Der Berliner Polizeipräsident klagte, weil er sich beleidigt fühlte, bestimmte aber zugleich das Ausmaß der Ermittlung: denn zum Teil stehen noch nicht einmal mehr die Häuser an dem Ort, an dem Georg von Rauch erschossen wurde, d.h. die Verteidigung hatte nichts in der Hand als die Akten eben der Polizei. Und die vier Männer vom Verfassungsschutz, immerhin Tatzeugen, erhielten keine Aussagegenehmigung. Von der Polizei. Und die Polizisten erhielten Aussagebeschränkung. Von der Polizei. Von der Polizei, die zugleich Kläger war.

In seinem Plädoyer beklagte sich der Staatsanwalt dann auch noch förmlich über die Presse, die kritisiert hätte, daß dem Verlag unverhältnismäßige Kosten aufgebürdet würden und sagte wörtlich: „Wenn der Verlag Klaus Wagenbach wegen der Kosten liquidieren muß, dann ist das eben so."

Was kommt da auf uns zu? Was auf uns zukommt, hat Heinrich Böll so ausgedrückt: „Jetzt sind die Links-Liberalen dran ... Die nächsten werden die Liberalen sein; sie fangen ja schon an zu schwanken, schauen Sie doch die Leitartikel an ... Dann kommen die Konservativen dran ..."

Was auf uns zukommt, ist eine Lähmung, ist Einkapselung und Augenschliessen, ja geradezu eine Paroxie der Verlage, da jeder dieser Prozesse als Einzelfall abgetan werden kann, als nur unter bestimmten Bedingungen zustandegekommen, die an jeweils anderen Orten zu anderen Zeiten anders und jedenfalls nicht so auftreten.

Und schließlich kommt auf uns, den Buchhandel, seit Monaten ein geradezu phantastisches „Dreizehntes Strafrechtsänderungsgesetz", ein Gesetz angeblich gegen die ‚Ausbreitung von Gewalttaten'. **Ein Gesetz, praktikabel für jeden ‚neuen' Staat.** Dieses von der Bundesregierung vorgeschlagene Gesetz (Bundestags-Drucksache 7/3030), richtet sich gegen alle, die eine „Schrift, die die Befürwortung einer der genannten Taten ... enthält ... **verbreitet**, öffentlich **ausstellt, anschlägt, vorführt** oder **sonst zugänglich macht** oder **herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, ... einführt oder ausführt** ... ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder **in einer Versammlung** ...

Das heißt: Wer auch nur im ‚Börsenblatt' **ankündigt** oder im ‚BUCHMARKT' **anzeigt**, wer so etwas druckt oder ins Schaufenster legt, wer darüber in einer Versammlung auch nur den Mund aufmacht ... Kurz, gerade dieser Vollständigkeitswahn zeigt, was gemeint ist.

Und dieses Gesetz richtet sich gegen Landfriedensbruch, Vergiftung, Erpressung, Raub, Eingriff in den Bahnverkehr, Brandstiftung, Überschwemmung, Mißbrauch ionisierender Strahlen und was sonst noch.

Danach kann nicht einmal mehr der „Schimmelreiter" von Theodor Storm gedruckt werden, weil Ole die Überschwemmungsgefahr (§ 312) öffentlich und wider besseres Wissen verneint.

Das ist das Gesetz, das kein Hitler mehr zu ändern braucht: Er muß nur den Staat übernehmen, das Gesetz zur totalen Meinungskontrolle ist schon da.

Und das Gesetz wird angewandt werden! Es wird angewandt von Allgäuer oder Schleswig-Holsteiner Amtsgerichten – das haben wir ja (in Sachen Pornographie) schon erlebt. Und es wird angewandt werden von einer Regierung, die ja doch nicht immer eine sozial-liberale sein wird.

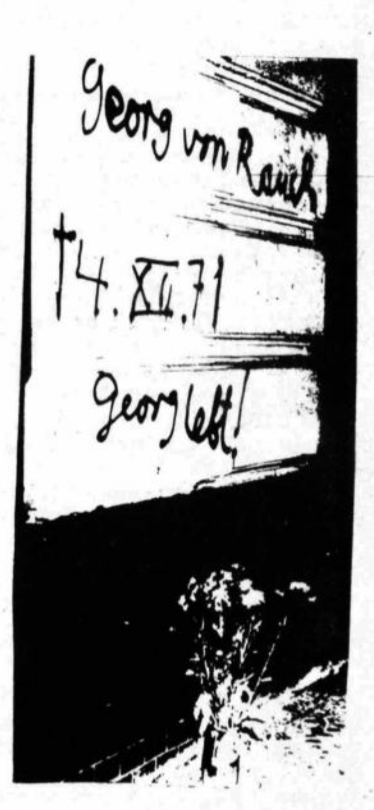
Da werden dann die „geistigen Mittäter", gegen die sich das Gesetz jetzt angeblich richtet, ganz anders sein. Ganz abgesehen davon, daß es offenbar für jede Staatsgewalt unvorstellbar ist, sie oder die von ihr verantworteten Zustände könnten die eigentliche Ursache jener Opposition sein, deren geistige Mittäter dann lauthals gesucht werden. Dieter E. Zimmer hat in der „Zeit" einmal sehr richtig die Frage gestellt, inwieweit der Bilanzbericht einer Bank nicht auch schon Anstiftungscharakter habe.

Solidarität des Buchhandels. Die zu Beginn genannten Urteile zeigen, daß das angeblich dringende Gesetz unnötig ist: Die bisherigen Gesetze reichen sogar für außerordentlich fragwürdige Urteile hin.

Umso dringender wäre eine Solidarität des Buchhandels im Kampf gegen dieses Gesetz, eine Diskussion im Sortimenter- und Verleger-Ausschuß, eine Initiative des Börsenvereins – ganz so, wie sich die französischen Verleger gegen ein ähnliches Gesetz zu wehren wußten.

Andernfalls geraten wir in ein Klima der Selbstzensur, die jede freie Diskussion (die unser Gewerbe braucht wie kaum eins) erstickt. Eine unwürdige Selbstzensur der Autoren und Verlage, eine penible und erniedrigende Selbstzensur des Buchlagers in den Sortimenten.

Klaus Wagenbach



Prozeß um den Tod des Anarchisten von Rauch

Gericht entlastet Polizisten: Er schoß aus Notwehr

Der Beamte, der 1971 den Anarchisten Georg von Rauch erschoß, handelte in Notwehr. Die Aufklärung des Falles ist keineswegs von den Behörden verschleiert worden. Das sind zwei Kernpunkte einer Gerichtsentscheidung, die bei der Polizei große Beachtung gefunden hat.

Es handelt sich um das nunmehr schriftlich vorliegende Urteil der 3. Großen Strafkammer des Landgerichts gegen den Verlagsbuchhändler Dr. Klaus Wagenbach. Er war, wie berichtet, im März wegen Beleidigung in Tateinheit mit übler Nachrede zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

In dem Verfahren ging es auch um den Vorwurf, Georg von Rauch sei in der Eisenacher Straße von der Polizei ermordet worden. Ein Kalender, der im Verlag Klaus Wagenbachs erschienen war, enthielt diese Behauptung. Zu dem schweren Vorwurf und dem eigentlichen Geschehen heißt es im Urteil unter anderem:

„Plötzlich kam in die Gruppe der Festgenommenen Bewegung. Alle drei drehten sich blitzschnell dem Zeugen Schulz (ein Kriminalbeamter; die Redaktion) zu. Im nächsten Augenblick fielen fast gleichzeitig vier Schüsse. Drei von diesen feuerten die Festgenommenen in Richtung auf den Zeugen Schulz, den vierten dieser auf die Festgenommenen ab."

Eindeutig erwiesen ist nach Ansicht des Gerichts, daß der Kriminalbeamte den Schuß erst abgab, als die „Festgenommenen ihrerseits bereits zu den Waffen griffen und sich dem Zeugen zuwandten".

Falsche Information

Das Gericht nennt es eine „besonders grobe Falschinformation", daß die drei Festgenommenen unbewaffnet gewesen seien. Weiter heißt es in dem 55 Seiten umfassenden Urteil, der Kriminalbeamte habe sich in einer „Notwehrsituation" befunden. „Und daß die Lage für Schulz bereits äußerst bedrohlich gewesen ist, als er geschossen hat, steht fest."

Zu einem anderen Vorwurf hat das Gericht festgestellt: „Die Behauptung des Angeklagten, die Polizeiführung und die zuständige Senatsverwaltung seien vor allem daran interessiert gewesen, eine umfassende Aufklärung des Geschehens unmöglich zu machen, ist in Anbetracht dieser Sachlage abwegig."

Das Urteil gegen den Verlagsbuchhändler ist bereits seit einiger Zeit rechtskräftig.

K. Geisler

Berliner Morgenpost 7.9.75

Solidarität mit Lutz Schulenburg

Das "Dreizehnte Strafänderungsgesetz", von dem in dem oben abgedruckten Artikel die Rede ist, tangiert im Besonderen die Arbeit all derjenigen, die an linksradikalen Zeitungen, Zeitschriften o.ä. mitarbeiten.
Ein jüngstes Beispiel, wie gegen Genossinnen und Genossen vorgegangen wird, die an dem Versuch, eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, mitarbeiten, stellt ein Ermittlungsverfahren gegen Lutz Schulenburg, den Herausgeber der Zeitschrift REVOLTE und presserechtlich Verantwortlichen des MAD-Verlags Hamburg, dar. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg ermittelt gegen Lutz "wegen Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten". Gestützt wird dies Verfahren auf den Vorwurf, daß Lutz "im Jahre 1975 durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat aufgefordert" hat, indem er "als presserechtlich Verantwortlicher die Druckschrift MAD-Flugschrift Nr.11 'Vom wilden Streik zur Generalisierten Selbstverwaltung' verbreitet"hat.
Die Staatsanwaltschaft bezieht sich dabei u.a. auf folgende Passagen aus der oben erwähnten Broschüre:

- "... indem wir bei der Beseitigung der ... helfen - sowie bei der der Akten, Karteien ...
- "So viel wie möglich die Strukturen der Waren zu zerstören - lieber als Personen - und nur die zu liquidieren, die darauf hoffen ..."
- "Die Fabriken werden umgestellt und automatisiert oder im Falle parasitärer Sektoren zerstört."
- "Eine besetzte Fabrik muß sofort für die Selbstverteidigung (Herstellung von Waffen und Panzerungen) ... zweckentfremdet werden."
- "die Soldaten können sich der Kaserne bemächtigen und ihre Chefs als Geiseln nehmen; die Anwälte können gleichfalls die Richter als Geiseln nehmen und sie den Streikenden ausliefern ..."
- "Jeder Arbeiter hat das Recht, all das zu sabotieren, was gebraucht wird, um ihn zu zerstören."
- "Sabotage ist spannender als Bastelei, Gärtnerei oder Wetten."
- "... nun weiß aber jeder daß: - ein Hammer oder eine Eisenstange genügen, um einen Computer ... zu zerstören."
- " - ein paar Eisenspähne in den Vergaser, Zucker in die Benzinbehälter ... genügen, um den Wagen eines Bullen ... außer Betrieb zu setzen."

Diese, um einige wenige Punkte gekürzte Liste ist von der Staatsanwaltschaft willkürlich zusammengestellt worden - die Passagen sind mit anderen in der betreffenden Broschüre austauschbar. Den Vogel schießt die Staatsanwaltschaft aber mit folgenden Vorwurf ab: "Daneben schildert die Schrift an mehreren Stellen, wie und wo bereits erfolgreich sabotiert worden ist."
Zusammenfassend heißt es dann : "Hierdurch fordern Sie unbestimmt viele Menschen zur Urkundsunterdrückung, Sachbeschädigung, verfassungsfeindlichen Einwirkung auf die Bundeswehr, Freiheitsberaubung, Geiselnahme sowie zum Mord auf."
Es ist folglich also u.a. schon strafbar, aufzuzählen, wie und wo erfolgreiche Sabotageaktionen durchgeführt worden sind. D.h. es ist qua Gesetz untersagt, in Zukunft über Betriebssabotage, Zerstörungen von Gewerkschaftsbüros, militante Betriebsbesetzungen usw. zu berichten. Man muß sich mal klar machen, was das für eine linksradikale Strategiediskussion heißt!
Und für die linken Zeitungen/Zeitschriften ist dies eine entscheidende Einschränkung in der Berichterstattung, die einem Verbot inhaltlich gleichkommt.

Ich meine, daß es nicht nur im linken Buchhandel zu einer Zusammenarbeit der Beteiligten kommen darf, gerade wir Zeitungsmacher sollten uns gemeinsam über die gesamte Bandbreite der auf uns zukommenden neuen Repressionen klar werden und über die sich für uns ergebenden Konsequenzen diskutieren und über die Möglichkeiten, diese neue Gesetze zu unterlaufen!
Um eine solche Debatte möglichst umgehend aufzunehmen, sollten wir zumindest auf der Berliner Ebene einen Termin für ein erstes Treffen vereinbaren. Die Genossinnen und Genossen der anderen Berliner linken Zeitungen und Zeitschriften mögen mit dem INFO Kontakt aufnehmen.

UNSERE FINANZCHEFS SAGEN DEN INFO-SPENDERN





...aus Schöneberg

LESERBRIEF —— ANTWORT

wir, genossen aus kreuzberg und regelmäßige info-leser regen uns jedesmal dann besonders auf, wenn ihr im info einen eindringlichen appel an alle spontis bringt, doch einmal etwas für das info zu schreiben. wir ärgern uns deshalb so darüber. weil wir schon mehrere male mit sehr viel lust etwas fürs info geschrieben haben, und gleichzeitig darüber immer richtig froh darüber waren, daß es in berlin wenigstens noch ein organ gibt, das nicht von k-gruppenpolitik oder schmutziger springerhetze verseucht ist.
unsere freude ist dann jedesmal richtig gedämpft worden, als wir dann in der nächsten info-ausgabe lasen, daß unser artikel entweder völlig ignoriert worden war, obwohl das info sehr dünn war, also am umfang konnte es nicht liegen, oder es waren ein, zwei sätze daraus zitiert, versehen mit einer mekrwürdigen erklärung von euch für eine zensur, etwa so,"da der artikel durchgehend in diesem gehalten ist, keine veröffentlichung".
ein anderes beispiel. wir ärgerten uns einmal über einen artikel einer frauengruppe, jetzt aus egal aus was für gründen, und schickten unseren ärger formuliert ans info, da wir bis dahin dachten, daß man im info wichtige politische fragen diskutieren könnte, und eure reaktion war so: die schreiber des artikels möchten keine artikel über emanzipation im info mehr sehen". unseren artikel, das nebenbei, h habt ihr natürlich wieder nicht abgedruckt.
wir wissen inzwischen auch nicht mehr, wie man sich so etwas erklären muß. schade jedenfalls, daß ihr solche praktiken habt.
vielleicht liegt es daran, daß die von uns geschriebenen artikel etwas scharf formuliert waren, also nicht: "ich finde, ich für meinen teil glaube, daß..., also mit nötigen raum für pluralismus, sondern eben x etwas selbstsicherer auf eigene fundierte erfahrungen aufbauend,.
aber ihr seid doch nicht das " demokratische forum" des tagesspiegel, oder? wenn die kpd hier in kreuzberg wirkliche schweinereien macht und die leute verarscht, dann muß man das beim namen nennen, so wie wir das im artikel taten, und man kann das nicht "sachlich" und verständnisvoll umschreiben, mit"ich glaube doch, daß die kpd vielleicht..."
um mal bißchen bei de m kpd-beispiel zu bleiben: ihr seht doch in eurem letzten info, ihr seid selbst draufgekommen - artikel "neue kpd-linie".
das, was wir im artikel über die wahlkampstrategie der kpd klarmachen wollten, den ihr wie gesagt nicht abgedruckt haben, merkt ihr jetzt selber.

ich - wir haben uns im info ein wenig getäuscht, also artikel schreiben werden wir in der nächsten zeit nicht mehr, es sei denn, bei euch ändern sich die praktiken, und artikel werden wieder unzensiert abgedruckt.
zu den sponxtis allgemein: manche spontis sind so sponti, daß sie überhaupt keine linie, kein konzept haben, sie meinen es genügt, nicht mitglied einer k-gruppe zu sein. vielleicht arbeiten ein paar von denen am info mit.

kreuzberger genossen

DER ARTIKEL: "NICHT ALLES MÖGLICHE" kommt in der nächsten Nummer – ganz bestimmt !

Liebe Kreuzberger Genossen!

Da sich zur Zeit der größte Teil der INFOler noch in den wohlverdienten Ferien befindet, konnte euer Brief noch nicht im Redaktionskollektiv diskutiert werden. Ich will dennoch als einer der INFO - Macher einige Bemerkungen zu eurem Schreiben machen,zumal ich an allen bisherigen Entscheidungen bezüglich der Nichtveröffentlichung von Artikeln beteiligt war.

Ich muß aber vorausschicken,daß ich heute natürlich nicht mehr im Einzelnen weiß,welche der von uns nicht veröffentlichten Beiträge nun gerade von euch stammten.Meine Ausführungen nehmen danach nicht konkret auf eure Artikel Bezug sondern sollen vielmehr ganz allgemein unsere Praxis bei der Entscheidung,Artikel nicht zu veröffentlichen,beleuchten.

Schon seit der ersten Nummer des INFOs gibt es Kriterien dafür,wann Beiträge nicht in's INFO reinkommen: wenn etwa Namen von Genossinnen oder Genossen genannt werden,wenn in einem Beitrag denunziert wird o.ä. - darüber kann es eigentlich keine Diskussion geben,daß dies schon seit jeher so gehandhabt wird.

Darüberhinaus gab es lange Zeit keine weiteren Kriterien für die Nichtveröffentlichung von Artikeln - es waren auch keine erforderlich, da die eingegangenen Beiträge nie solchen Inhalts waren,daß sie zu diesbezüglichen Diskussionen geführt hätten.

Allerdings sind häufig mehr Artikel bei uns eingegangen,als in der nächsten Nummer Platz hatten,sodaß wir gezwungen waren,einige nicht so aktuelle zurückzustellen und manche,die wir nach der Redaktionssitzung für nicht so wichtig hielten,garnicht zu veröffentlichen. Nun hat uns unsere latente Finanznot schon häufig gezwungen,den Umfang des INFOs auf 16 oder gar 12 Seiten zu beschränken,da wir mehr Seiten einfach nicht bezahlen konnten.Ihr seid also einem Irrtum aufgesessen,wenn ihr meint, daß dünne INFOs ein Beleg dafür seien,daß nicht mehr Beiträge zum Abdruck in der Redaktion vorgelegen hätten - vielmehr sind sie fühlbarer Ausdruck akuter finanzieller Schwierigkeiten.

Erst etwa seit der Ermordung Ulrich Schmückers hatten wir im Redaktionskollektiv verstärkt und häufiger politische Diskussionen über den Inhalt einiger uns zugesandter Artikel. Im Besonderen die Diskussion über den bewaffneten Kampf,bzw. einige der Beiträge dazu bereiteten uns einiges Kopfzerbrechen. Dies will ich jedoch hier nicht weiter ausführen - ich verweise auf den Artikel:"Redaktionelles" im INFO Nr. 52,in dem die INFO - Redaktion zu dieser Problematik eine Erklärung abgegeben hat.

Doch nun konkret zu euren Vorwürfen:

1. Ich habe mich in allen Redaktionssitzungen dagegen ausgesprochen,daß von einzelnen Genossinnen oder Genossen zu abgedruckten Artikeln irgendwelche Kurzkommentare abgegeben werden. In dieser Beziehung kann ich euren Protest verstehen; wie ihr vielleicht bei den letzten INFOs gemerkt habt,ist diese Unsitte nunmehr beseitigt.
2. Wenn ihr schreibt: "Vielleicht liegt es daran,daß die von uns geschriebenen Artikel etwas scharf formuliert waren,...",so liegt ihr mit dieser Vermutung sehr richtig! Soweit ich mich an die Diskussionen über eure Beiträge noch erinnern kann,waren sowohl deren inhaltliche Arroganz wie deren sprachliche Widerspiegelung die hauptsäch-

lichen Gründe für dieeEntscheidung,diese nicht abzudrucken. Besserwisserische Argumentation von der hohen Kanzel herab ist kein Zeichen von Selbstsicherheit - eine solche drückt sich eher in der Arbeit an den eigenen Zweifeln aus. So nährt auch der Schluß eures Briefes den Verdacht,daß hinter dem,was ihr als Selbstsicherheit bezeichnet,sich stramme 'Spontis' mit der richtigen Linie verbergen.
Solch eine 'Selbstsicherheit' und die vermeintlich 'richtige Linie' sind Strohhalme, an die sich diejenigen klammern,die beginnen,am Zweifeln zu verzweifeln - dies ist die bittere Lehre,die wir aus dem Scheitern der Studentenrevolte zu ziehen haben.

einer der INFO-Macher



Aus der WELT AM SONNTAG v. 3.8.75

(ist uns erst jetzt ins Haus geflattert, da uns Springer kein Belegexemplar hat zukommen lassen!)

Sozialistisches Zentrum: Aufrufe zu Mord und Gewalt

Kommt der Berliner Terroristen-Nachwuchs aus der Stephanstraße?

„Man kann ohne Einschränkung sagen, daß das Sozialistische Zentrum in der Stephanstraße ein Mittelpunkt linksradikaler, gegen den Staat und die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichteter Aktivitäten ist", erklärte ein hoher Sicherheitsbeamter gegenüber WELT am SONNTAG zum Sozialistischen Zentrum, der ehemaligen Kunzelmann-Kommune I.

Nur: Diese Aussage ist zwar „erkenntnismäßig abgesichert", aber „nicht zu beweisen". Wer sich mit Flugblättern beschäftigt, die Mord und Gewalt rechtfertigen, stößt im Impressum dieser Machwerke oft auf die Anschrift Stephanstraße 60 und fast genausooft auf den Namen Eugen Levine.

Setzt allerdings die Strafverfolgung ein, weil in solchen Flugblättern zu Mord und Gewalt aufgerufen wird, läuft sich die Polizei tot. Einen Mann namens Levine gibt es nicht.

„Was heute dort noch tagt, das sympathisiert mit den Terroristen in starkem Maße", meinen Sicherheitsexperten — und die Terroristen sympathisieren mit diesen Gruppen: Das sogenannte „Lorenz-Entführer-Lied", das erst der zweiten Auflage der Terroristen-Broschüre über die Lorenz-Entführung hinzugefügt wurde, stammt aus dem Sozialistischen Zentrum. Es erschien zum ersten Mal im „Info 49 — Berliner undogmatischer Gruppen" am 17. März. Von dort haben es die Lorenz-Entführer übernommen.

Neben den „Berliner undogmatischen Gruppen" residieren oder benutzen das Sozialistische Zentrum noch die „Gruppe unabhängiger Marxisten" (GUM) sowie die von der APO her kommende „Rote Hilfe" (von Sicherheitsexperten „die anarchistische" genannt, im Gegensatz zur „Rote Hilfe e.V." der KPD).

Ausgezogen dagegen ist die der KPD nahestehende „Gruppe internationaler Marxisten, deutsche Sektion der IV. Internationale" (GIM), eine trotzkistische Gruppe. Strafrechtlich faßbar und verfolgbar ist das Sozialistische Zentrum nicht: „Es ist ja nicht das Sozialistische Zentrum, sondern immer nur einzelne Personen, die straffällig werden", erklärt der Leiter des polizeilichen Staatsschutzes, Kittlaus.

Die Polizei war schon öfter zu Gast in dem ehemaligen Fabrikgebäude — Schriftenmaterial ist praktisch das einzige, was dort gefunden wird. Dieses Material erfüllt zwar fast immer die Tatbestände der Beleidigung oder Verleumdung, enthält Aufrufe zur Gewalt — nur diese presserechtlichen Verstöße können nicht geahndet werden, weil die Verfasser nicht aufzufinden sind.

Doch nicht die Schriften und Flugblätter beunruhigen die Sicherheitsbehörden am Sozialistischen Zentrum: „Unser Lagebild hat sich insoweit geändert, als wir nun wissen, daß potentielle Terroristen in immer stärkerem Maße aus den radikalen Randgruppen rekrutiert werden", erklärten Sicherheitsbehörden in einem Gespräch mit WELT am SONNTAG.

Lorenz-Entführer vorher bekannt

So waren die inzwischen gefaßten vier mutmaßlichen Lorenz-Entführer den Sicherheitsbehörden schon lange vorher bekannt und von ihnen beobachtet worden: „Wir dachten aber, die machen nur Botengänge oder klauen Autos, trauten ihnen aber keine unmittelbaren Terrorakte zu." Die Terroristen haben sich offenbar aus den Randgruppen Nachwuchs besorgt — und möglicherweise noch weitere Kader gebildet.

V-Männer in diese Gruppen einzuschleusen ist nicht unmöglich, aber schwierig. In Frage kommen nur junge Leute, die sich von der Sympathisanten-Randszene zum Kern vorarbeiten müssen. Bester Start: In eine Kommune einziehen.

Oft werden deshalb Versuche gemacht, V-Leute anzuwerben, die bereits in der Szene gelebt haben. Der Einsatz von V-Leuten — in Berlin mehr gepflegt als anderswo — ist nicht unproblematisch. Einmal sind V-Leute heute in Lebensgefahr, zum andern bringt das auch juristische Probleme mit sich. Etwa: Darf ein V-Mann Bomben basteln, damit er sich nicht verdächtig macht?

Und: Die Terroristen und ihre Sympathisanten haben ihre Abwehrmethoden [illegible]: Zum Beispiel warnen sie vor der Aufnahme von Hilfsarbeiter-Typen Ruhland einer war — eine Einschleusung von V-Leuten über diesen Weg ist [illegible] unmöglich.

An den
Petitionsausschuß des
Berliner Abgeordnetenhauses

1 Berlin 62

Rathaus Schöneberg

Mir sind die Mißstände in der Untersuchungshaftanstalt Moabit bekannt geworden. Ich bitte Sie um umgehende Überprüfung dieses U-Haft-Vollzuges und beantrage, daß Sie sich für die Durchsetzung der von den Gefangenen aufgestellten 18 Forderungen einsetzen:

1. Bildung einer gemeinsamen Kommission von Vertretern des Abgeordnetenhauses, der Anstaltsleitung und gewählten Gefangenen (je Station einer, jederzeit abwählbar), die die Aufgabe haben, die Zustände in der Anstalt zu kontrollieren, bei Konflikten einzuschreiten; und das Recht haben, bei auftretenden Mißständen ungehindert Nachforschungen anzustellen.

2. Überprüfung der teilweise schwachsinnigen und diffamierenden Anstaltsordnung- und bestimmungen durch diese Kommission.

3. Abschaffung des Neckermann-Monopols - mehrere Vertriebsfirmen in die Anstalt: es ist nicht einzusehen, daß die Firma Neckermann aufgrund ihrer Vormachtstellung sich auf Kosten der Häftlinge saniert!

4. a) Verlängerung der Freistunde auf 60 Minuten!
   b) Zusätzlich 3-4 Stunden Zusammenschluß von mindestens 3 Gefangenen eigener Wahl (sofern keine Tatgenossen)!

5. Eine volle Stunde (60 Minuten) Besuchszeit!

6. Besseres und abwechslungsreicheres Essen!

7. Bessere und tarifliche Bezahlung der arbeitenden Gefangenen!

8. Qualifizierte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten (besseres Lehrmaterial in der Anstaltsbücherei und Mitspracherecht), zusätzlich qualifizierte Lehrkräfte an die Anstalt!

9. Schaffung von sportlichen Möglichkeiten (Turnen, Tischtennis etc.) im Interesse unserer Gesundheit! Anmerkung: Für unsere Bewacher existieren Sportgeräte und Räumlichkeiten dafür schon lange!

1o. Schaffung von Gemeinschaftsveranstaltungen wie Kino, Fernsehen, etc. !!!

11. Änderung der Paketbestimmungen! Ein U-Gefangener soll soviel Pakete empfangen dürfen, wie er gerne möchte!

12. Wir fordern, daß Gefangene, die Selbstmordversuche unternehmen, fachärztlich behandelt werden! Wir halten die jetzige Methode: Beruhigungszelle - Beruhigungsmedikamente und eventuelle Prügel nicht für geeignet, sondern für <u>unmenschlich!</u>

13. Wir fordern zusätzlich zu den Gemeinschaftsveranstaltungen auch Arbeitsgruppen!!!

14. Wir fordern die Abschaffung des Arrest!

DIESE SEITE IST FÜR DEN GEBRAUCH GEDACHT — NICHT FÜR DEN ORDNER

An den
Petitionsausschuß des
Berliner Abgeordnetenhauses

<u>1 Berlin 62</u>

Rathaus Schöneberg

Mir sind die Mißstände in der Untersuchungshaftanstalt Moabit bekannt geworden. Ich bitte Sie um umgehende Überprüfung dieses U-Haft-Vollzuges und beantrage, daß Sie sich für die Durchsetzung der von den Gefangenen aufgestellten 18 Forderungen einsetzen:

1. Bildung einer gemeinsamen Kommission von Vertretern des Abgeordnetenhauses, der Anstaltsleitung und gewählten Gefangenen (je Station einer, jederzeit abwählbar), die die Aufgabe haben, die Zustände in der Anstalt zu kontrollieren, bei Konflikten einzuschreiten; und das Recht haben, bei auftretenden Mißständen ungehindert Nachforschungen anzustellen.

2. Überprüfung der teilweise schwachsinnigen und diffamierenden Anstaltsordnung- und bestimmungen durch diese Kommission.

3. Abschaffung des Neckermann-Monopols - mehrere Vertriebsfirmen in die Anstalt: es ist nicht einzusehen, daß die Firma Neckermann aufgrund ihrer Vormachtstellung sich auf Kosten der Häftlinge saniert!

4. a) Verlängerung der Freistunde auf 60 Minuten!
   b) Zusätzlich 3-4 Stunden Zusammenschluß von mindestens 3 Gefangenen eigener Wahl (sofern keine Tatgenossen)!

5. Eine volle Stunde (60 Minuten) Besuchszeit!

6. Besseres und abwechslungsreicheres Essen!

7. Bessere und tarifliche Bezahlung der arbeitenden genen!

8. Qualifizierte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten (besseres Lehrmaterial in der Anstaltsbücherei und Mitspracherecht), zusätzlich qualifizierte Lehrkräfte an die Anstalt!

9. Schaffung von sportlichen Möglichkeiten (Turnen, Tischtennis etc.) im Interesse unserer Gesundheit! Anmerkung: Für unsere Bewacher existieren Sportgeräte und Räumlichkeiten dafür schon lange!

10. Schaffung von Gemeinschaftsveranstaltungen wie Kino, Fernsehen, etc. !!!

11. Änderung der Paketbestimmungen! Ein U-Gefangener soll soviel Pakete empfangen dürfen, wie er gerne möchte!

12. Wir fordern, daß Gefangene, die Selbstmordversuche unternehmen, fachärztlich behandelt werden! Wir halten die jetzige Methode: Beruhigungszelle - Beruhigungsmedikamente und eventuelle Prügel nicht für geeignet, sondern für <u>unmenschlich</u>!

13. Wir fordern zusätzlich zu den Gemeinschaftsveranstaltungen auch Arbeitsgruppen!!!

14. Wir fordern die Abschaffung des Arrests.

THESEN ZUR DISKUSSION DES PORTUGIESISCHEN PROZESSES

VORBEMERKUNG: warum ist eine analyse der klassenstruktur und der möglichkeit von klassenbündnissen für breite und kontinuierliche solidaritätsarbeit notwendig?

wo es bisher überhaupt ansätze zu einer solidarität und öffentlichkeitsarbeit gab, waren diese im wesentlichen bestimmt durch die besonderen interessen linker individuen und gruppen an portugal, das heißt an je einzelnen aspekten der portugiesischen revolution. gerade dadurch aber ist eine kontinuierliche solidaritätsarbeit erschwert, da bei jeder wende der jeweilige politische bezugspunkt (z.b. poder popular, kampf gegen die supermächte, konjunkturelle stärke der linksradikalen tendenzen in der arbeiterklasse und in der mfa) verloren gehen kann.

1. die strategie einer linken einheitsfront bleibt die einzige möglichkeit für die gesamte linke, aus der ecke, in der sie sich seit der offenen spaltung der mfa und der antikommunistischen kampagne im norden befand, politisch wieder in die offensive zu kommen. ein auseinanderbrechen des bündnisses würde der rechten erhebliche vorteile verschaffen.
in der ersten phase der port. revolution hat die pcp die ihr von der bourgeosie zugedachte rolle der kontrolle der arbeiterbewegung nicht erfüllt. nur deshalb hatten die rechten es zugelassen, daß die kp - verankert durch ihre rolle im antifaschistischen widerstand etc. - wichtige positionen in der lokalen verwaltung und in der intersyndical einnahm. das von der koalitionsregierung verabschiedete reaktionäre streikgesetz aber konnte die pcp als klassenpartei nicht durchsetzen: die ps ging daran die arbeiterklasse zu spalten (intersyndical). für das vorläufige scheitern dieser strategie sorgten die rechten mit dem putschversuchs spinolas.
die wahlen sollten den zweiten versuch in derselben richtung darstellen: im republica konflikt berief sich die ps auf 60% der bevölkerung ebenso in ihrer forderung nach umbesetzung der komunalen verwaltung - dem wahlergebnis entsprechend. im konflikt um radiorenascenca wurde die sich vollziehende blockbildung deutlich: auf der einen seite ps, ppd, cds (mit dem klerus) und die ultrarechte, die inzwischen schon im untergrund operierte; auf der anderen seite die pc und die linke (mit den bekannten ausnahmen), die allerdings noch nicht als block aufzutreten in der lage war.
allerdings wurde von jetzt ab die spaltung der linken gefährlicher, weil mit dem auseinanderbrechen der mfa einheit (s.u.) die einzigen fraktionen im mfa politisch zu der antikommunistischen propaganda und tat verhielten (einzelne armeeeinheiten im norden ergriffen offen partei für die linke). die kp mußte in dieser situation auf alle fälle versuchen gancalves zu halten; dazu brauchte sie die unterstützung der außer- und innermilitärischen linken. die linken parteien brauchten einige zeit um zu begreifen, daß sieh die k kampagne, die die rechte mit rückendeckung und in einheit mit der ps entfachte nicht nur gegen die pc richtete (siehe:antiintersyndical-demo in lissabon, unmöglichkeit eine kom. versammlung in porto abzuhalten).

2.
die rolle der parteien links von der pc liegt im augenblick hauptsächlich im dem daraufbestehenbleibenauf einer antibürokratischen linie. eine echte politische alternative stellen sie nicht dar.
die industrielle arbeiterklasse der literalzone hat zwar einen großen freiraum an autonomie politisch-organisatorischer lernprozesse erkämpft, aber innerhalb der gesamtheit der klassen, schichten und politischen tendenzen, die für eine sozialistische veränderung gewonnen werden müssen besitzt sie noch keine hegemonie . dies xxxx gilt sowohl innerhalb der städtischen klassen wie für das verhältnis der arbeiterklasse zu den sozialen klassen auf dem land(s.u.). so sind die ökonomischen porbleme, die sich den kommissionen (nur in den großbetrieben!!!) stellen, indiesem rahmen nicht lösbar, zu dem sind die arbeiterkommissionen nach politischen [illegible] tendenzen fraktioniert, die arbeiterautonomie(die auch bisher unter der absoluten bedingung der 'schützenden hand' eines mit derl linken sympathisierendxx flügels im militär stand) wird derzeit eher verteidigt.
die pcp hat im gegensatz zu den linken gruppen die herausbildung einer poder popular n nicht gefördert, sondern xx vielmehr auf die organiesierung der arbeiter in der intersyndical gesetzt. die unterstützung von basisorganisationen wollte sie nur unter der bedingung einer starken mitsprache leisten (diskussion um die comites da defensa da revolucao in der mfa-vv).
die errichtung des poderp popular darf sich nicht gegen die intersndical richten.

3.nach dem scheitern der strategie der bougeoisie(siehe these 1.) beinhaltet der neue versuch, mithilfe der ps die kapitalistische wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten, eine gefahr für die einheit der ps. die fraktionierung innerhalb der pswird sich aber nur d danndefinitiv vollziehen, wenn die linke in die offensive kommt.
im dezember 74 spalte sich eine gruppe von sozialisten, die einen großen teil der xp gewerkschaftlichen ps-jugend repräsentierte, von der ps ab und gründete eine eigene partei(fsp). allerdings blieb ein großer teil der erwarteten 40% der mitglieder (die auf dem parteikongreß für ihre thesem gestimmt hatten) in der ps. von dieser seite dürfte die sich verstärkende kritik an der rechten orientierung der ps-führung kommen, von der in der letzten zeit in zusammenhang mit der spaltung der partei in evora die rede war. aber es gibt auch eine kritikposition an der gruppe um soaresdie weitaus rechter ist als die obenzitierte: die psotion, die in dem antunes-papier dargestellt wird, dürfte xix eine nicht kleine gruppe in der partei repräsentieren. bei ihr fällt das leugnen des zusammenhangs der politischen form der sozialdemokratie mit ihrer ökonomischen-kapitalistischen basis auf. obwohl die antunes-leute eine ökonomische integration in die eg fordern lehnen sie die westeuropäische sozialdemokratie ab.
der republicakonflikt, wo sich differenzen innerhalb der armee abzuzeichnen begannen war auch der kristallisationpunkt, an dem

antunes - in abgrenzung gegen die ultrarechte politik der ps - seine gruppe um sich zu scharen begann.

4.die "einheit der mfa", undefiniert wie sie war, bzw. nur gegen ultrarechts definiert, hatte der gesamten linken (auch gerade der die den aufbau des poder popular betreibt) einen guten vorsprun gegeben. die jetzt das mfa durchziehende tiefe spaltung bringz die linke in eine sehr schwierige position. die abspaltung der spinola-flügels hatte die übrigen mfa-fraktionen noch einmal zusammen geschweißt. am republica konflikt begannen sich dann die differenzen zum erstenmal abzuzeichnen: costa gomes, der die vermittelte position einnahm (sie kommunique der republica arbeiter), zu der wohl auch die antunesgruppe neigte auf der einen seite; die copcon-offiziere(hier noch mit carvalho) und die pc-sympathisantennsowie die sympathisanten der linken gruppenauf der seite der arbeiter, allerdings ist es nicht richtig, von einer politisch genau definierten einheitlichkeit auszugehen, die sich dem seit dem antunespapier um ihn versammelt hat: man muß davon ausgehen daß sich ihm - mangels politischer alternative in der armee - weitaus rechtere offiziere angeschlossen haben und gleichzeitig leute wie carvalho " und die "ex-mbsler" sich mit ihm verbündet haben.
goncalves als generalstabschef wird eher von der pc getragen und den linken gruppen verteidigt, als daß seine führende position einer realen stärke in der armee entspräche. ebensowenig läßt sich der einfluß der linken in der armee eindeutig nach militärregionen festlegen; die politische spaltung geht quer durch die militärbezirke.

5. das gelingen der einheit der arbeiterklasse mit dem ländlichen proletariat und den klein- und mittelbauern hängt ab von der durchführung der agrarreform und der damit gewählten wirtschaftspolitischen entwicklungskonzeption. (s.j.m. pereira, vida mundal 12/74).
innerhalb der linken lassen sich schematisch 2 konzeptionen unterscheiden: schnelles wachstum des nationalprodukts (bevorzugung kapitalintensiver industrien wegen der hohen arbeitsproduktivität) bei inkaufnahme der verstärkung des regionalen ungleichgewichts und langsamer absorbation der arbeitslosen, sowie zentralisierung der pol.-ökonmischen gewalt beim staat oder: inkaufnahme eines langsamer wachstums bei förderung der landwirtschaft und schaffung eines inneren marktes zur beseitigung regionaler ungleichgewichte und reanimirung des landesinneren; nur bei weitgehender dezentralisierung von planung und verwaltung möglich.
gegenwärtig muß von folgenden bedingungen ausgegangen werden: im SÜDEN hat die ökonomische-soziale entwicklung eine annäherung derüberwiegenden mehrheit der landbevölkerung (landarbeiter und kleinpächter) mit den interessen der arbeiterklasse gehabt, da sich auf dem land wie in der stadt das finanzkapital durchsetzte. politisch ist diese interessenannäherung im letzten jahr vor allem durch den starken einfluß der pc in der landarbeitergewerkschaft und durch das umsichgreifen der landbesetzungen gestärkt worden. ökonomisch aber besteht weiterhin ein gegensatz zwischen dem (für portugal) relativ hohen löhnen des industrieproletariats und den niedrigen löhnen sowie derrelativen arbeitslosigkeit (bzw. relative überbevölkerung) auf dem land. (während das industrieproletariat an niedrigen agrarpreisen interesse hat, gilt für das agrarproletariat das gegenteil) die ausweitung der struktur der pder popular auf dem land und ihre entwicklung zu lokalen, demokratisch kontrollierten planungsinstanzen (s. poder popular, serie nr. 1/75) ist hier eine notwendige, aber nicht hinreichende bedingung für lohn und vollbeschäftigungsgarantie.
die ökonomische unterstützung des südens (die eine umverteilung industriell prod. werte erfordert!) geht hand in hand mit pol. stärkung der linken.
im NORDEN steht gegenwärtig die mehrheit des volkes (unter ideologischer dominanz der kirche) im gegensatz zu arbeiterautonomie der industriellen zonen und der gesamten linken. im norden entscheidet sich in der gegenwärtigen phase schicksal und charakter derportugiesischen revolution; denn selbst für den fall eines politischen (oder gar militärischen) siegs der linken gegen die reaktion könnte ein autoritäres regime gegenüber dem bäuerlichen kleineigentum wohl kaum mit arbeiterdemokratie und poder popular im rest des landes koexistieren.
dieser frage gegenüber steht die linke nicht nur in portugal hilflos dar. während die bundesdeutschen trotzkisten (wie üblich) die "bauernfrage" vernachlässigen, sieht es selbst die in der regel differenzierte berichterstattung des kb hier mehrheitlich faschisten, wahrend der kbw hier endlich bündnispartner gegen die pcp gefunden zu haben scheint - seine "bruderorganisation" udp ist dem einheitsbündnis mit der kp nicht beigetreten - und faßt genüßlich über die empörung des volkes gegen "pöstchenwirtschaft", der kp berichterstattet. in der tat hat die von der kp wesentlich geprägte dynamisierungskampagne dem übergang von der passiven toleranz gegenüber der "revolution in lissabon" zu aktiver unterstützung reaktionärer gruppen, und die extreme linke ist mindestens genauso hilflos.

die kulturrevolutionären methoden von frelimo und mpla scheitern am portugiesischen norden: es gibt in nordportugal keine gemeinschaftliche produktionsweise wie im vorkapitalistischen afrika oder china; diegemeinschaftliche ideologie und der organisatorische zusammenhalt wird über den ideologischen apparat kirche organisiert.
"primat der politik" kann hier nur heißen, die ökonomische situation der kleinbauern als kleinbauern zu verbessern: durch niedrigenagrarkredit, in angriffnahme eines staatlichen zwischenhandelssystems, verringerung des pachtanteils und der verschuldung der kleineigentümer oder pächter - d.h. gegen formen kapitalistischer und vorkap. grundrente - staatliche schaffung einer elementaren infrastruktur (strassen, elektr. licht bewässerung usw. existieren zum größten teil im norden nicht). diese ökonom. förderung der kleinbauern, deren lebensstandard weit unter dem der arbeiterklasse liegt, die das gros der arbeitsemigranten darstellen (ohne deshalb schon eine 'proletarische ideologie' anzunehmen) kann nicht von soz. produktionsformen (kooperativen) abhängig gemacht werden. sie kann zum gegenwärtigen zeitpunkt auch keine soz. maßnahme sein, sondern muß die ökonom. wie ideolog. isolation der nördlichen gebiete zu nächst über inneren markt und staatliche förderung aufbrechen, um in einer späteren phase den klassenkampf auf dem dorf auch pol. führen zu können. dazu ist auch hier zunächst eine umverteilung durch die arbeiterklasse geschaffenen reichtümer notwendig.

ANZEIGEN-TIPS

suchen für das anerkennungsjahr(april 76) arbeit im pädag. bereich(freizeit, projekte usw.) TEAMARBEIT wäre angenehm. - wer weiß was? sind mehrere aus einer klasse(FFH) und haben außer beruf auch praxiserfahrungen. sollen erzieher(innen) werden! barbara dibowski, 1 berlin 30 goebenstr.5 tel. 2154409

---

wer hat die sendung "rock over rias" vom 11.-17.8.1975 aufgenommen? hilde 2512828+6913569

---

sonderprojekt in kreuzberg (eltern-kinder - schülergruppe) sucht eine betreuerin für die gruppe 1(vorschulkinder). der anfangstermin ist 1.okt. übrigens: das ist nicht irgend ein job, sondern eine sache, bei der man schon etwas investieren muß. also, meldet euch mal unter der nr. 26 23 106

---

ich bin eine frau und suche noch eine andere fraue (oder auch mehrere ♀♀♀) die lust haben mit mir ende september bis ende oktober zu verreisen. evtl. griechenland, ist mir aber ziemlich egal tel. 618 36 38 moni ♀

---

für juristen, die auch bürgerliche rechtspraxis studieren wollen
NJW jg. 1969 - 1974
JuS jg. 1968 - 1974
ZRP jg. 1973/1974 zum soldidaritätspreis abzugeben.

---

welche frau mit kind(ern) ca. 4-8 jahre möchte mit landkommune kontakten und evtl. auf's land ziehen landkommune nottefeld
c/o b. handke
2347 nottfeld/süderbrarup

---

abenteuerspielplatz wutzkyallee sucht mitarbeiter(in) für langfristig. tel. 2133466 jörg 7813687 lutz

---

wg 3 frauen, 2 kinder(6j) suchen noch eine liebe frau, mögl. berufstätig. es soll bei zwei kindern bleiben. tel. 3134958

---

abenteuerspielplatz sucht 3 honorarkräfte (2 nachm. 2 mal abends wöchentl. dm 240,- mon und 1 jahrespraktikant tel. 3134958

---

tauschen sonnige 4-zimmer.whg, in charlottenbg. mit balkon 150qm 320 dm miete gegen 2-3 zimmer-whg, mit balkon oder garten. miete bis dm 200,- tel. 306 86 81

---

arbeitskollektive kreuzberg, wir führen folgende arbeiten aus: 4 leute renovieren schnell und preiswert wohnungen; 2 klempner reparieren und installieren alle art von rohrleitungen; elektronikkollektiv nimmt alle reperaturaufträge an, stellt anlagen zusammen, konstruiert hi-fi-boxen und wartet sie; außerdem findet im kreuzberger kommunikationszentrum jeden dienstag um 19.30 ein kostenloser elektronikkurs für neulinge statt.

-Spielplatzinitiative in Kreuzberg(Eisenbahnstr)sucht noch leute zum mitmachen. Rolf Raule 1-44 Sonnenallee 98.

-WALDECHO(Psychiatriepatienten -zeitung) zu beziehen über Waldecho,Waldkrankenhaus Köppern,Station M 5,6382 Friedrichsdorf/Ts

-Der "kleine Unterschied"u. seine große Folgen (Frauen über sich)buch von Alice Schwarzer. In den Buchläden

-Wer kann mir ADRESSEN von Wgs u. sonstigen Alternativen in DÄNEMARK vermitteln.
t.: 6913569

-Die neue LOG-ZEITUNG ist da(Antimilitarismus,Sexualitätspolitik)

-Wir interessieren uns für PRODUKTIONSGEMEINSCHAFTEN aller Art,und würden uns freuen wenn leute die damit erfahr. haben, mal mit uns kontakt aufnehmen würden.
WG michael Kemner,56 Wuppertal-Elberfeld, katernbergstr. 138

-"ARBEITERMÄDCHEN imJUGENDZENTRUM" A.Jödicke Verlag 2000.

---

bei uns ist ein zimmer freigeworden (fabriketage adalbertstraße). wir sind teilw.berufstätig und suchen wieder jemand, möglichst eine frau. am liebsten wäre uns eine, die wir schon kennen. bärbel,manne,frank,bärbel
614 15 38

-"Arbeiterfotografie"N.4,Zeitschrift, (thema:Jugendarbeitslosigkeit)c/o Mielke 2 HH 76,Papenhuderstr.42 t.:2299024

-Austellung:"Heimat Kaputt"kreative formen der SELBSTHILFE zur verbesserung städtischen Wohnmilieus,im Künstlerhaus(Ex-Kinderpoliklinik)Bethanien,Studio 1,vom 12.9.-5.10.,di-fr:15-20,sa 12-20,so 10-16,mo = GESCHLOSSEN.

- Kurse an der VHS:u.a."SIEBDRUCK kurse" an der VHS kreuzberg.

-Neue B.e. N.9/75,thema "Jugendarbeitslosigkeit.

-Wir lehrlinge u. schüler wollen endlich ein eigenes JUGENDHEIM,stoßen dabei aber auf den widerstand unserer Ordnungsbehörden.Wer kann uns über die rechtlichen seiten auskunft geben?Welches jugendhaus möchte sich mit uns in verbindung setzen, zwecks aufbau u. gestaltung.Cornelia Walter, Dornstadt,jahnweg 26

Big Boss kämpft gegen den Boutiquenprofit wir suchen Genossen die sich finanziell an unserem kollektiv beteiligen wollen. Mindesteinlage DM 1000-T.:3137285 axel.

-SPERRMÜLL wird jetzt kostenlos abgeholt. Anruf um termin zu vereinbaren:-Wilmersdorf,schöneberg,tempelhof,kreuzberg,neukölln,zehlendorf,steglitz:7451001/Wedding reinickendorf,spandau:3323031/charlottenburg,tiergarten:3823001.Mo-fr.:8-14 h

Kreuzberger Hinterhofkino:

Ganz hinten in Berlin 36, in der Köpenicker Str.175(Ecke Eisenbahnstr., am U-Bhf.Schles. Tor) wollen wir im ehem."Ballsaal"(Eingang neben der "Tarantel") u.a. auch Filme zeigen.

An diesem Wochenende laufen neben Kurzfilmen ("Now",Kuba 1965;"Ausbeutung",Jugosl.1970; "Ende des Dialogs",Südafrika 1970) die Kreuzberger Stadtteilfilme "Kohlen für die Naunynstraße"(DFFB 1970) und "Wie arme Leute sich helfen können"(H.Schwaab 1970), ein Film über die sozialen Verhältnisse in einem Hamburger Sanierungsgebiet, der Berliner Frauenfilm "Wer braucht wen"(DFFB 1972), der Frankfurter Film von 1973 "Terror aus dem Kinderladen" sowie drei längere Spielfilme (85 bzw.90 Minuten): "Tod eines Bürokraten"(Kuba 1969),"Blut des Condors",(Bolivien 1969) und "Jagdszenen aus Niederbayern"(BRD 1968/69). Die Tagesprogramme (siehe "Termine", letzte Seite) sind nur Vorschläge, das Programm kann durch Zuschauerbeschluß geändert werden(imperatives Kino!). Wir brauchen auch Vorschläge für weitere Filme und über Verleihe. Sitzgelegenheiten sollten vorläufig noch selber mitgebracht werden: wer weiß ein gerade pleitegegangenes Kino, von dem die Stühle billig zu kriegen sind ?

TERMINE:

Dienstag

-"Der tod vor dem sterben",21 h ARD
- Abend für NEU-BERLINER" im Focus,19 h,donaustr. 88

-CHILE -TEACH-IN 19.3o h TU H1o4

Mittwoch

- CHILE -AKTIONEN vor dem chilenischen Konsulat am Bundesplatz ab 16 h
-"Ermittlungen,Erkentnisse.."25 J.Verfassungsschutz 2o.15 ARD

Donnerstag

- **CHILE-DEMO 17°° ab Savignyplatz**
- "Drei wochen Santiago de CHILE"21.45 DDR I
-Die sogenannten Irren"Perspektiven der Psychiatrie 2o.3o SFB I

Freitag

-Mitgliedertreff im PORTUGIESISCHEN ZENTRUM mit FETE 19.3o,Gustav-Müller-pl.3
-Deutsch-Türkisches fest am Mariannenpl.ab 13 h
-"Leuchte mein Stern leuchte",russ. film,22.35 ARD
-"Leben im hochhaus"wohnprobleme in modernen siedlungen 16 h Rias II

2o Uhr Ballsaal, Köpenicker 174:
"Now","Ausbeutung","Kohlen für die Naunynstraße","Wie arme Leute sich helfen können", "Tod eines Bürokraten"

Samstag

= CHILE -FETE TU Audi-max 19 h,Musikgr.KARAXU, Filme...

2o Uhr Ballsaal, Köpenicker 174
"Now","Ausbeutung","Blut des Condors","erde des Dialogs","terror aus dem kinderladen"

Sonntag

-"Wie sie wurden was sie sind"entwicklung von 4 verwahrlosten Kindern,21.45 ARD

19 Uhr Ballsaal, Köpenicker 174
"Now","Ausbeutung","Hamburg 6 Karolinenviertel"
"Wer braucht wen","Jagdszenen aus Niederbayern"

zimmer frei in wg nähe nollendorfplatz
tel. 215 45 60





INHALT:

